

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Telefon: Amt Dönhof 4195-4199



Abdruck für Verlag und Verbreitung:
Berlin O 2 61, Dönhofstrasse-Post 6
Druckverlag: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung erlaubt. Abdruck ist verboten 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist. Genehmigung für beide Fälle ist Zuzahlung.

Berlin, den 19. September 1931

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

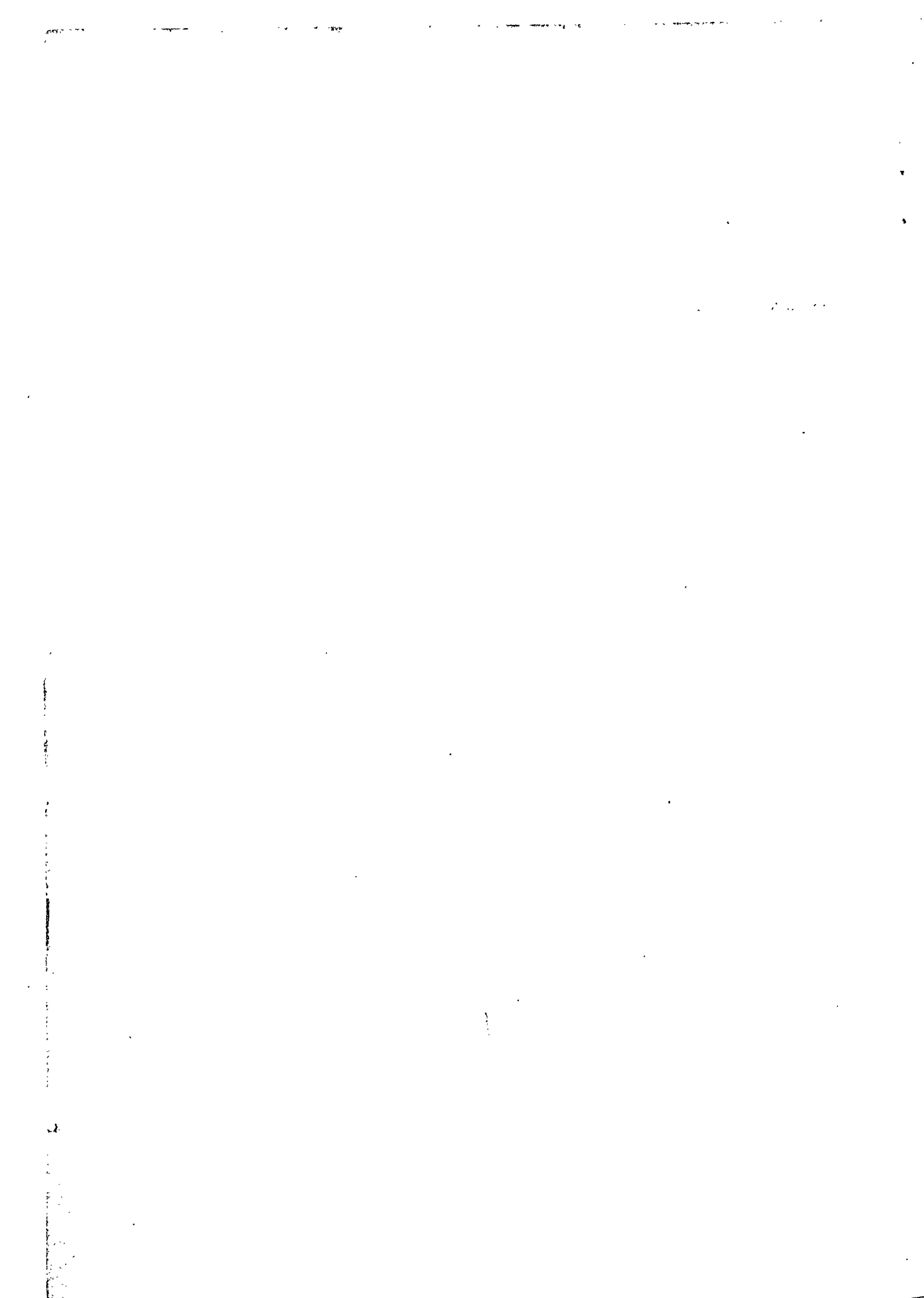
Bankenkontrolle auf Stottern.

Von Fritz Naphtali.

SPD. Es ist der Regierung Brüning nicht gegeben, mit Kühnheit und Klarheit den Weg des Umbaus des Wirtschaftssystems einzuschlagen, der die richtige Folgerung aus den Krisenerscheinungen dieses Sommers aus dem Versagen der privatkapitalistischen Organisation und ihrer Funktionäre sein müsste. Nicht mit der Zielklarheit und dem starken Willen, der die Führer aus der Not kennzeichnen sollte, werden von der Reichsregierung die Reformwege beschritten. Vielmehr wird mit einem bescheidenen Mass von Erkenntnis der Unzulänglichkeit des Bestehenden, mit einem bescheidenen Mass an Willen zur Neugestaltung, hindurch und hergezerrt von den verschiedensten Interessenteneinflüssen, mühselig der Weg zur Neugestaltung wirtschaftlicher Verhältnisse gesucht und zaghaft beschritten.

Ein Dokument dieser Situation der Regierung, die natürlich nicht nur den Ausdruck persönlicher Unzulänglichkeiten, sondern gleichzeitig ein Ausdruck verworrenen politischen Lage seit den Septemberwahlen von 1930 ist, bildet auch die nunmehr nach langen Beratungen fertiggestellte Notverordnung über die Bankenaufsicht. Wir haben seit der Bankenkrise im Juli, die, weithin sichtbar für jedermann, die wahre Situation im Verhältnis von Banken und Staat und von Banken und Gesamtwirtschaft entschleierte, nicht aufgehört aufzuzeigen, welche Folgerungen gezogen werden müssten aus der Tatsache, dass im entscheidenden Augenblick der Staat das Risiko der privaten Grossbanken zu übernehmen gezwungen war und aus der Tatsache, dass sich immer deutlicher zeigte, dass der rein privatwirtschaftlichen Bankenleitung die Lenkung des spärlich fließenden Kapitalstroms in der deutschen Wirtschaft nicht den gesamtwirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht. Wir haben aus dieser Erkenntnis sofort durchführbare Gebote der Stunde die Durchführung einer weitgehend öffentlichen Kontrolle über das private Bankwesen abgeleitet und als das zweite Gebot der Kontrolle nicht nur die Bereinigung privatwirtschaftlicher Schwächen des deutschen Kreditwesens bezeichnet, sondern darüber hinaus die Anbahnung einer planmäßigen Lenkung des Kapitalstroms im gesamtwirtschaftlichen Interesse.

Wenn wir mit unseren Vorstellungen von dem was not tut, die jetzt erlassene Notverordnung über die Bankenaufsicht vergleichen, so können wir das Ergebnis etwa wie folgt formulieren: Die Forderung, dass Bankgeschäft und Kapitallenkung nicht reine Privatsache bleiben darf, sondern der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen ist, ist im Grundsatz durch die Notverordnung anerkannt. Aber mit der Anerkennung der Forderung im Grundsatz ist die Erfüllung der Forderung nicht verbunden. Der Schuldner, der in diesem Falle der Gesetzgeber ist, leistet nach dem Muster weit verbreiteter Zahlungssitten nur eine bescheidene Anzahlung. Die Lieferung der notwendigen Bankenkontrolle und Kapitallenkung wird "auf Stottern" in die Wege geleitet. Als erste für unseren Geschmack viel zu kleine Anzahlung auf unsere anerkannte Forderung sind wir bereit die Notverordnung anzunehmen. Der Wert dieser Anzahlung wird in letzter Linie davon abhängen



Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Chefredakteur:
Erich Wiffinghaus, Berlin.
Telefonnummer: Carl Dietrich 4196/4198



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Zehn-März-Platz 6
Druckverleger: Copeland

Die Fortsetzung erfolgt im Colporteur.
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme außerhalb 4 Wochen
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders verordnet ist. Abnahmezeit für alle Teile 12 Wochen.

Berlin, den 19. September 1931

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Bankenkontrolle auf Stottern.

Von Fritz Naphtali.

SPD. Es ist der Regierung Brüning nicht gegeben, mit Kühnheit und Klarheit den Weg des Umbaus des Wirtschaftssystems einzuschlagen, der die richtige Folgerung aus den Krisenerscheinungen dieses Sommers aus dem Versagen der privatkapitalistischen Organisation und ihrer Funktionäre sein müsste. Nicht mit der Zielklarheit und dem starken Willen, der die Führer aus der Not kennzeichnen sollte, werden von der Reichsregierung die Reformwege beschränkt. Vielmehr wird mit einem bescheidenen Mass von Erkenntnis der Unzulänglichkeit des Bestehenden, mit einem bescheidenen Mass an Willen zur Neugestaltung, hindurchgezerrt von den verschiedensten Interessenteneinflüssen, mühselig der Weg zur Neugestaltung wirtschaftlicher Verhältnisse gesucht und zaghaft beschränkt.

Ein Dokument dieser Situation der Regierung, die natürlich nicht nur den Ausdruck persönlicher Unzulänglichkeiten, sondern gleichzeitig ein Ausdruck verworrenen politischen Lage seit den Septemberwahlen von 1930 ist, bildet auch die nunmehr nach langen Beratungen fertiggestellte Notverordnung über die Bankenaufsicht. Wir haben seit der Bankenkrise im Juli, die, weithin sichtbar für jedermann, die wahre Situation im Verhältnis von Banken und Staat und von Banken und Gesamtwirtschaft entschleierte, nicht aufgehört aufzuzeigen, welche Folgerungen gezogen werden müssten aus der Tatsache, dass im entscheidenden Augenblick der Staat das Risiko der privaten Grossbanken zu übernehmen gezwungen war und aus der Tatsache, dass sich immer deutlicher zeigte, dass der rein privatwirtschaftlichen Bankenleitung die Lenkung des spärlich fließenden Kapitalstroms in der deutschen Wirtschaft nicht den gesamtwirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht. Wir haben aus dieser Erkenntnis sofort durchführbare Gebote der Stunde die Durchführung einer weitgehend öffentlichen Kontrolle über das private Bankwesen abgeleitet und als das 2. dieser Kontrolle nicht nur die Bereinigung privatwirtschaftlicher Schwächen des deutschen Kreditwesens bezeichnet, sondern darüber hinaus die Anbahnung einer planmäßigen Lenkung des Kapitalstroms im gesamtwirtschaftlichen Interesse.

Wenn wir mit unseren Vorstellungen von dem was not tut, die jetzt erlassene Notverordnung über die Bankenaufsicht vergleichen, so können wir das Ergebnis etwa wie folgt formulieren: Die Forderung, dass Bankgeschäft und Kapitallenkung nicht reine Privatsache bleiben darf, sondern der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen ist, ist im Grundsatz durch die Notverordnung anerkannt. Aber mit der Anerkennung der Forderung im Grundsatz ist die Erfüllung der Forderung nicht verbunden. Der Schuldner, der in diesem Falle der Gesetzgeber ist, leistet nach dem Muster weit verbreiteter Zahlungssitten nur eine bescheidene Anzahlung. Die Lieferung der notwendigen Bankenkontrolle und Kapitallenkung wird "auf Stottern" in die Wege geleitet. Als erste für unseren Geschmack viel zu kleine Anzahlung auf unsere anerkannte Forderung sind wir bereit die Notverordnung anzunehmen. Der Wert dieser Anzahlung wird in letzter Linie davon abhängen.

n, ob, wann und in welchem Masse die weiteren notwendigen Ratenzahlungen erfolgen werden. Unsere Aufgabe wird es sein, die Rolle des unerbittlich auf die Zahlung der weiteren Raten drängenden Gläubigers zu spielen. Wir werden dazu mit grösster Aufmerksamkeit zu verfolgen haben, was mit dem als Abschlagszahlung gelieferten Instrument praktisch geschieht. Die Eintreibung der nächsten Raten wird entscheidend abhängen nicht nur von unserer Achtsamkeit, sondern auch von den Möglichkeiten, die folgenden Raten einzutreiben, d.h. in letzter Linie von der politischen Macht der Sozialdemokratie.

Die Notverordnung legt die Bankenaufsicht in die Hand eines Reichskommissars und eines Kuratoriums, das die Richtlinien für die Tätigkeit des Bankenkommisars aufzustellen hat und darüber entscheiden soll, ob und inwieweit für die Geschäftsführung der Banken allgemeine Grundsätze aufzustellen sind. Die so zusammengesetzte Bankenaufsicht soll sich und die Reichsregierung fortlaufend über die Lage und den geschäftlichen Stand der deutschen Kreditwirtschaft unterrichten, und sie soll, was uns das Entscheidende erscheint, die allgemeine Bankpolitik vom Standpunkt der deutschen Gesamtwirtschaft beeinflussen. Jeder Beeinflussung muss die Unterrichtung vorausgehen, und deshalb erhält der Kommissar weitgehende Rechte auf Auskunft durch die kontrollierten Banken. Er soll das Recht haben, sich über alle Vorgänge im Bankgeschäft zu unterrichten, die Bücher einzusehen, Nachprüfungen zu veranstalten, an den Sitzungen des Vorstandes und Aufsichtsrates von Banken teilzunehmen, die Einberufung derartiger Sitzungen und nötigenfalls auch die Einberufung einer Generalversammlung zu verlangen.

Der Kommissar kann seine Befugnisse teilweise auf andere Stellen übertragen, d.h. also sich vertreten lassen, er hat über den engeren Bankenkreis hinaus auch das Recht, von Privatpersonen, die nicht Bankiers sind, Auskunft über ihre Auslandsverpflichtungen und Auslandsforderungen zu verlangen. Der Kommissar berichtet über seine Feststellungen an das Kuratorium und an die Reichsregierung. Das Kuratorium hat seinerseits darüber zu entscheiden, ob es für die Geschäftsführung der Banken allgemeine Grundsätze festlegen will. Es hat also ohne Zweifel das Recht, solche Richtlinien aufzustellen und nur in Zweifelsfällen, insbesondere dann, wenn innerhalb des Kuratoriums, dem der Bankenkommisars angehört, Meinungsverschiedenheiten auftreten, ist die letzte Entscheidung der Reichsregierung vorbehalten. Wenn durch die vorstehend erwähnten Bestimmungen an sich der Ansatzpunkt für eine wertvolle Ausgestaltung der Bankkontrolle auch mit dem Ziele volkswirtschaftlicher Kapitallenkung gegeben wäre, so muss doch die Zusammensetzung des entscheidenden Bankenkuratoriums als sehr unbefriedigend bezeichnet werden. Die Bedenken gegen den überbetonten Einfluss der Reichsbank auf das Kuratorium müssen natürlich solange um so stärker sein, als Reichsbankpräsident und Reichsbankdirektorium in Masse, wie es nach dem bisher geltenden Recht der Fall ist, von dem Generalrat, d.h. also praktisch wiederum von den Vertretern der privaten Bankinteressen, beeinflusst und abhängig sind. Wir glauben deshalb, dass diese Ausgestaltung der Bankenaufsicht die Forderungen nach Umgestaltung der Verwaltungsorganisation der Reichsbank nur noch dringlicher macht, als sie bisher schon waren.

Die Notverordnung kann einen Start, wenn auch vielleicht keinen sehr glücklichen, bedeuten und unsere Aufgabe wird es sein, darauf zu drängen, dass das Rennen nicht abgebrochen wird, sondern das Ziel erreicht wird.

SPD. Stettin, 19. September (Eig. Dr.)

Der deutschnationale Parteitag wurde mit einer Programmrede Hugenbergs eröffnet. Diese Rede ist im wirtschaftspolitischen nur zu vergleichen mit den nationalökonomischen Weisheiten einer Feder, im politischen steht sie auf dem Niveau eines nationalsozialistischen Agitationsredners. Hugenbergs will die

"nationale Selbsthilfe" der grossen Völker, die Loslösung aus der Weltwirtschaft, die er wie das Finanzkapitel für eine Erfindung des Marxismus erklärt. Er wird nie begreifen, dass die marxistische Kritik der kapitalistischen Entwicklung nicht identisch ist mit der Entwicklung des Kapitalismus selbst. So leistet er sich das lächerliche Taschenspielerkunststück, für die schauerlichen Ergebnisse des internationalen Monopolkapitalismus die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Immerhin klang die Trompete gegen den Marxismus ziemlich eingerostet.

Die positiven Ziele Hugenbergs sind: Autarkie, basiert auf der Landwirtschaft, und geschützt durch Ein- und Ausfuhrverbote, und dazu eine eigene, vom internationalen Kreditverkehr unabhängige Binnenwährung. Im politischen lässt er seine famose Reparationsabgabe wieder auftauchen, dazu fordert er ein deutsches Kolonialreich in Afrika und deutschen Siedlungsraum im Osten.

Alles, was an reaktionären Hirngespinnsten in der letzten Zeit auftaucht ist, ist in dieser Rede sorglich gesammelt. Das ist nun das Programm eines Mannes, der nach der Macht greifen will!

SPD. Genf, 19. September (Eig. Drahtb.)

In der Sonnabend-Sitzung des Völkerbundsrates erklärte der japanische Delegierte Yoshizawa, er habe von seiner Regierung die Mitteilung erhalten, dass sich bei Mukden Zwischenfälle zwischen japanischen und chinesischen Truppen zugetragen hätten. Es werde alles getan, dass sich der lokale Vorfall nicht weiter ausbreite. Er erwarte weitere Nachrichten und werde dem Rat Mitteilung darüber machen. Der chinesische Delegierte Szö erklärte, seine Informationen besagten, dass der bedauerliche Zwischenfall nicht durch chinesische Truppen hervorgerufen worden sei. Er werde den Rat ständig auf dem Laufenden halten.

Die Anleihe von 150 Millionen französischen Francs für das Saargebiet wird in dem Bericht des Finanzkomitees befürwortet. Der Zinsen- und Amortisationsdienst sei bei der gesunden Finanzlage des Saargebietes durchaus gesichert. Der Rat gab Auftrag, die im Statut des Saargebietes vorgesehenen Massnahmen zur Auflegung der Anleihe zu treffen.

Als erste der Danziger Fragen wurde das verfassungsändernde Gesetz über die Herabsetzung der Gehälter der Staatsangestellten behandelt. Nach dem Danziger Statut muss eine Verfassungsänderung in zwei Lesungen angenommen werden und zwar im Abstand von mindestens einem Monat mit Zweidrittelmehrheit. Bisher ist das Gesetz nur in einer Abstimmung mit der erforderlichen Mehrheit angenommen worden. Der Senat erwartet bei der zweiten Lesung, die nicht vor dem 28. September stattfinden kann, ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit. In Anbetracht der schwierigen Finanzlage Danzigs beschloss der Rat, keine Einwendungen gegen das Gesetz zu erheben, sobald es in der zweiten Lesung angenommen worden sei.

Eine lange Aussprache entwickelte sich bei der Beratung des Berichts des Völkerbunds-kommissars über die Danziger-polnischen Beziehungen. Graf Grawina wies auf seinen Bericht hin. Polens diplomatischer Vertreter in Danzig, Strassburger, bezweifelte die Wirksamkeit der vom Senat ergriffenen Sicherheitsmassnahmen und verlas einen Passus aus Grawinas Bericht über die rechtsradikalen Demonstrationen. Es sei jetzt sogar ein Vortrag Hugenbergs angekündigt, über Danzigs politische Aufgaben. Bei den Demonstrationen mit Tausenden von Uniformierten seien mehrfach offizielle Vertreter der Danziger Regierung zugegen gewesen. Danzigs Senatspräsident Dr. Ziehm legte in einer langen Rede nochmals den Standpunkt Danzigs dar. Er hofft, dass jetzt eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit eintreten werde und dankte dem Rat für die Möglichkeit eines Schutzes der Danziger Arbeiter gegen polnische Ueberflutung. Ziehm sprach weiter von der engen kulturellen Verbindung Danzigs mit Deutschland,

die zu manifestieren man Danzig mit 97 Prozent deutscher Bevölkerung nicht hindern könne.

Reichsaussenminister Dr. Curtius erklärte, der Bericht an den Rat entspreche auch Deutschlands Auffassung. Polens Vertreter habe aber von Besuchen deutscher Politiker in Danzig gesprochen und dabei einen Besuch erwähnt, der noch bevorstehe. Danzig sein ein unabhängiger Staat und stehe nicht unter Vorzensur. Auch Deutschland betone die enge kulturelle Verbindung mit Danzig, und der Rat müsse jede Tendenz bekämpfen, die die Selbständigkeit Danzigs einschränke. Strassburger antwortete, er könne dem Rat mitteilen, dass auf seine Anregung der polnische Arbeitsminister einige Ordonnanzen gegen den Zustrom der polnischen Arbeiter erlassen habe. Er werde gern mit dem Senat weitere Massnahmen besprechen. Die Arbeitslosigkeit werde aber auch in Danzig erhöht durch feindliche Handlungen gegen Polen, wie etwa die Kündigung des Kriegsschiffabkommens. Die deutschen Danziger könnten sehr gut ihre Kultur betätigen ohne andere Staatsangehörige anzugreifen. Curtius hielt er entgegen, dass die deutschen Politiker keine Reden gegen das Danziger Statut halten dürften. Er hoffe hierbei auf die Mitarbeit sämtlicher Ratsmitglieder. Ziehm erklärte sich zu Verhandlungen über die provisorische Regelung der Anerkennung polnischer Akademiker in Danzig bereit.

Lord Cecil schloss die Debatte mit der Hoffnung auf bessere Zusammenarbeit beider Parteien. Bezüglich der Demonstrationen wünsche der Rat, dass alle Redner mässig und loyal gegenüber dem Statut bleiben sollten. Dann nahm der Rat eine Entschliessung Cecils an. Sie geht über die polnischen Klagen wegen mangelnder Sicherheit in Danzig hinweg, nimmt Kenntnis von den Massnahmen des Senats, missbilligt alle Demonstrationen und Handlungen, die gegen das Statut gerichtet sind, von welcher Seite es auch sei und wünscht eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vor allem aber wird die Hoffnung ausgesprochen, dass sowohl Danzig wie Polen Massnahmen ergreifen werden, die durch das Absperren des Zustroms fremder Arbeiter nach Danzig die dortige Arbeitslosigkeit eindämmen werden. Hinsichtlich der Zulassung und des Aufenthalts polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen wird ein Gutachten im Haag eingeholt. Bis zum Januar wird der Völkerbundskommissar eine Zwischenregelung treffen.

Die drei Fragen des Schutzes der deutschen Minderheiten in Polen gingen dann völlig glatt über die Bühne. Der Rat nahm ohne Aussprache den Bericht des Japaners Yoshizawa an, der es aufgrund aller seitherigen Verhandlungen für die wichtigste Aufgabe des Rates erklärte, in Zukunft ein Regime normaler Beziehungen zwischen den polnischen Behörden und der deutschen Minderheit in Oberschlesien, Posen und Pommerellen herzustellen. Polen habe versichert, es werde alles tun, um der Minderheit das Vertrauen zu geben, das zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung befähige. Damit sei die Prüfung der Beschwerden über die Verletzung der Minderheitsverträge anlässlich der polnischen Sejmwahlen geschlossen. Zur Regelung des Schulbesuches der Minderheitenkinder in deutschsprachigen Schulen im Sinne der bekannten Haager Entscheidung wünschte Dr. Curtius die Rückerstattung aller Schulstrafen gegen Eltern. Zaleski lehnte eine Erklärung hierzu ab. Endlich wurde die Beschwerde des Prinzen von Pless wegen Mangel an Unterlagen vertagt. Mit der Annahme von Berichten über die griechisch-bulgarischen Flüchtlingsstreitfälle wurde die Ratssitzung geschlossen.

SPD. Essen, 19. September (Eig. Drahtb.)

Der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer machte hier am Sonnabend in einer öffentlichen Veranstaltung des Bauvereins bemerkenswerte Ausführungen über die zur Zeit stark umstrittene Frage, ob und wie die Hauszinssteuer abgebaut werden soll.

Hirtsiefer erklärte, die grösste Gefahr bei einer Beseitigung der Haus-

zinssteuer sei, dass die Mittel zum weiteren Wohnungsbau fehlten. Dagegen müsse man sich mit allen Mitteln wehren. Die Leute, die die Beseitigung der Hauszinssteuer fordern, seien die radikalen Mieterorganisationen, sei die Industri die mit Hilfe einer dadurch bewirkten Mietsenkung neuen Lohnabbau plausibel machen wolle, und seien endlich die Hausbesitzer, die das Geld in die eigene Tasche stecken wollten. Man dürfe den ursprünglichen Sinn der Hauszinssteuer nicht vergessen, nämlich die durch die Inflation zu 75 Prozent freigewordene Hypothekenlast zur Schaffung von Neubauwohnungen zu verwenden. Kein Mensch hätte etwas gegen eine planmässige Reform der Hauszinssteuer. Er wende sich aber gegen einen planlosen Abbau. Es sei notwendig, die unterschiedliche Behandlung erwerbsloser Mieter von Neu- und Altbauwohnungen aufzuheben. Bei einer Abschaffung der Hauszinssteuer müssten andere Steuern die Mittel zum Wohnungsbau bringen. Es sei Unsinn, Abschaffung der Hauszinssteuer zu verlangen und im nächsten Atemzug mit den Mitteln der Hauszinssteuer Siedlungspläne durchführen zu wollen. Auch könne man die Gemeinden auf ihren Vorgriffen auf die Hauszinssteuer nicht sitzen lassen. Mit Hilfe der Hauszinssteuer müssten neben anderen Ausgaben die zu hoch geratenen Neubaumieten gesenkt werden. Man dürfe nicht ein Fünftel der Bevölkerung dafür strafen, dass sie keine Altbauwohnung bekommen hätten. Die Bauvereine müssten in der heutigen Zeit ihre gesamten Kräfte zusammenschliessen. Auch der Staat dürfe seine Aufgabe nicht vergessen, nämlich die Versorgung der Bevölkerung mit anständigen und preiswerten Wohnungen und dürfe diese Aufgabe niemals mehr dem privaten Erwerbsstreben überlassen.

Die Versammlung nahm eine Entschliessung an, in der Regierung und Parlament darauf aufmerksam gemacht werden, dass die ungehemmte, im industriellen Westen besonders schwere Arbeitslosigkeit und die immer stärker zusammenschrumpfende Kaufkraft der breitesten Kreise auch die wirtschaftliche Lage der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, der Hauptträger des Kleinwohnungsbaues auf das schwerste bedrohe. Sie fordern deshalb endlich beschleunigte und wirksame Hilfsmassnahmen für die von ihnen betreute Kleinwirtschaft, insbesondere Verzicht auf Zinsen für Hauszinssteuer-Hypotheken oder (auf Vorschlag Hirt-siefers) Zinszuschüsse zur Behebung der Belastung durch die ersten Hypotheken, Tilgungsaufschub für Hypotheken aller Art, Freistellung der seit 1924 errichteten Neubauten von den gemeindlichen Grundsteuerzuschlägen, Gleichstellung der sozial Bedrängten bei Mietserleichterungen in Alt- und Neubauwohnungen, unverminderte Aufrechterhaltung der Hauszinssteuer für die Zwecke der Wohnungswirtschaft und schliesslich geeignete Massnahmen zur Flüssigmachung bewilligter Hypotheken.

SPD. Andernach, 19. September (Eig. Dr.)

In Andernach am Rhein ist ein Schlachthofkrieg ausgebrochen. Die freie Metzgerinnung hat den Bürgermeister wegen übler Nachrede, Verleumdung und Geschäftsschädigung verklagt, weil er die auf Beschluss des Stadtverordnetenkollegiums erfolgte Einstellung eines neuen Schlachthofdirektors mit angeblichen Misständen auf dem Schlachthof, die jeder Beschreibung spotten, begründet hat. Die Metzger, die seit einer Woche den Schlachthof boykottieren, werden von Kölner Grossschlächtern so günstig beliefert, dass sie die Fleischpreise um 10 Pfg. pro Pfund senken konnten.

SPD. Detmold, 19. September (Eig. Drahtb)

Vor dem Amtsgericht Detmold fand am Sonnabend der Beleidigungsprozess Hugenberg gegen den Redakteur des hiesigen sozialdemokratischen Volksblattes Fechenbach statt. Die Urteilsverkündung wurde auf Sonnabend, den 26. September vormittags zehn Uhr festgesetzt.

In einem Artikel mit der Ueberschrift "Braun fährt Hugenberg über das Lügenmaul" hatte das Demolder Volksblatt eine Erwiderung des preussischen Ministerpräsidenten veröffentlicht, in der sich Braun gegen die unehrliche Demagogie wendet, die Hugenberg in seiner Bielefelder Versamlungsrede mit dem Schlagwort Marxismus getrieben hatte. Hugenberg hatte "unser marxistisches System" für da Elend der Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Darauf hatte Braun erwidert "Ich habe von der Intelligenz des Herrn Hugenberg als Politiker wie als Parteiführer keinen übermässigen Respekt, aber für so dumm halte ich ihn doch nicht, dass er glauben kann, die heutige wirtschaftliche Depression, die einen Teil der ganzen Weltkrise darstellt, sei auf das marxistische System zurückzuführen." In der Erwiderung wurde ferner gesagt, Braun habe in der Versammlung in Bielefeld, die bald nach der Hugenberg-Versammlung stattfand, nicht von dem 50fachen Millionär Hugenberg gesprochen. Weiterhin wurden die Behauptungen der Hugenberg-Presse von dem angeblichen Tafelsilber des preussischen Ministerpräsidenten und von dessen angeblichem Jagdschloss als lügenhafte Phantasie bezeichnet.

Der Verteidiger Hugenbergs versuchte im Verlauf der Verhandlung das Beweisthema völlig zu verschieben. Er wollte nichts davon wissen, dass von dem Beklagten Herrn Hugenberg der Vorwurf gemacht sei, er habe in bezug auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit und in der Bezeichnung des gegenwärtigen herrschenden Systems wissentlich die Unwahrheit gesagt. Der Vertreter Hugenbergs behauptete, die Ueberschrift des Artikels beziehe sich auf die Behauptung Hugenbergs, dass Braun von dem 50fachen Millionär gesprochen habe. Fechenbach bestritt dies und wies nach, dass aus dem Untertitel "Schuld des Marxismus? Nein, Schuld des Kapitalismus" sich klar ergebe, dass nur die Unwahrhaftigkeit Hugenbergs getroffen werden sollte, mit der er die Arbeitslosigkeit dem Marxismus zur Last legte. Fechenbach erklärte weiter, er mache Hugenberg wegen der Behauptung, Braun habe von dem 50fachen Millionär Hugenberg gesprochen, nicht den Vorwurf der Lüge, weil ja Hugenberg nur behauptet habe, was ihm von dritter Seite mitgeteilt sei. Er selbst konnte aus Eigenem nicht wissen, wie sich tatsächlich die Dinge in der Versammlung abgespielt hätten. Da der Vertreter Hugenbergs dabei blieb, die beleidigende Ueberschrift beziehe sich auf den 50fachen Millionär erklärte Rechtsanwalt Landsberg, der Verteidiger Fechenbachs, Hugenberg könnte sich doch freuen, dass Fechenbach ihm nicht mehr in drei, sondern nur noch in zwei Fällen Unwahrheit vorwerfe.

Es wurden dann die Aussagen zweier Zeugen verlesen, die kommissarisch vernommen worden waren (auf die übrigen 15 Zeugen war verzichtet worden). Sie wollen die Äusserung Brauns gehört haben, allerdings gibt jeder eine andere Formulierung an. Rechtsanwalt Landsberg wies auf die Verschiedenartigkeit der Zeugenaussagen hin. Die Formulierung des ersten Zeugen sei völlig unlogisch. Man könne aber einem Mann wie Braun, der von eiserner Logik sei, dies nicht zutrauen. Im übrigen habe Hugenberg die Klage nicht angestrengt, um eine Bestrafung wegen Beleidigung herbeizuführen. Man wolle nur dem preussischen Ministerpräsidenten eine angebliche Unwahrheit nachweisen. Den Zeugenaussagen stehen aber die Erklärung des Reichstagsabgeordneten Karl Schreck entgegen, der auf das bestimmteste erklärte, er - Schreck - habe die Äusserung von dem 50fachen Millionär getan. Es handele sich darum, ob Hugenberg die Unwahrheit gesagt habe. Das sei in zwei Fällen geschehen. Hugenberg müsse wissen, dass das gegenwärtige System nicht marxistisch sei. Es werde in Deutschland eine agrarische Protektion, eine Schonung der Kartelle betrieben, jedoch eine wirksame Bankenaufsicht abgelehnt, und das alles gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie. Ein solches System könne man wirklich nicht als marxistisch bezeich-

nen. Wer es doch tue, sage wissentlich die Unwahrheit. Hugenberg müsse auch wissen, dass England, Amerika, Italien, Länder, die gewiss nicht marxistisch sind; ebenso unter der Arbeitslosigkeit als Erscheinung der Weltwirtschaftskrise leiden wie Deutschland. Jeder nationalökonomische Sachverständige würde zugeben müssen, dass Hugenberg wider besseres Wissen den Marxismus für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht habe. Auch die Behauptungen in den knalligen Überschriften der Hugenberg-Zeitungen in bezug auf Hubertusstock seien unwahr und Hugenberg habe sich nicht dagegen gewendet. Es liege also ein Tatbestand vor, der einem gegnerischen Journalisten das Recht gibt, von Lügenhaftigkeit zu sprechen. Da aber der Beklagte in der Form zu weit gegangen sei, habe er sich strafbar gemacht. Es könne jedoch nur eine Strafe in Frage kommen die dem Strafminimum nahe kommt.

Es kommt dann noch zu einer interessanten Auseinandersetzung zwischen den Verteidigern. Hugenbergs Verteidiger hatte davon gesprochen, dass zweierlei Recht gelte, je nachdem, ob ein Vertreter der herrschenden Richtung oder ein Anhänger der Opposition vor Gericht stehe. Würde der von Fechenbach erhobene Vorwurf von einem Blatt der Deutschnationalen gegen Braun erhoben worden sein, dann wäre er wahrscheinlich zu zwei bis drei Monaten Gefängnis verurteilt und die Zeitung verboten worden. Da in dieser Behauptung der Vorwurf von zweierlei Recht in der Rechtsanwendung liegt, wies Landsberg diesen Vorwurf scharf zurück. Hugenbergs Anwalt wollte nun den Vorwurf nicht in dieser Form erhoben haben, aber Landsberg zeigte an Hand der Vorfälle, dass Hugenbergs Anwalt schon nach wenigen Minuten nicht mehr wisse, was er kurz vorher gesagt habe. Man sehe daraus, was zuweilen von Zeugenaussagen geschulter Personen zu halten sei.

SPD. In dem Prozess gegen die 34 Berliner nationalsozialistischen Rowdies vom Kurfürstendamm, der zur Zeit vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Charlottenburg stattfindet, begann am Sonnabend die Beweisaufnahme. 42 von der Staatsanwaltschaft geladene Zeugen entrollten ein plastisches Bild von dem Wüten der Hakenkreuzrowdies, die bei ihren Ausschreitungen mit geradezu beispielloser Brutalität vorgegangen sind.

Der 63 jährige Zahnarzt Hecht, übrigens kein Jude, wurde völlig grundlos von einem Trupp "Halbstarker" überfallen. Das Gesindel schrie "Schlagt die Hebräer tot" und stürzte sich dann auf Hecht und seine Frau, die schnell in einen Hausflur eilten. Die Burschen warfen Hecht zu Boden und schlugen mit Stöcken, Schlagringen und mit einer Stahlrute auf ihn ein. Auch die Frau, es zeugen, die nach Hilfe rufend, auf die Strasse lief, wurde von den Banditen angefallen und niedergeprügelt. Ein anderer christlicher Zeuge, Dr. Kraft, wollte seine alte Mutter, die tief in den Siebzigern steht, nach Hause bringen. Trotzdem Kraft nicht einen Ton des Missfallens geäußert hatte, stürzten sich die Rowdies auf die beiden und misshandelten sie. Kraft hat blutende Verletzungen am Kopf und im Gesicht davongetragen. Hecht und Kraft erkennen mehrere der Angeklagten als die Täter.

Der Lehrer Dr. Rosenfeld, der noch schwer an den Folgen der Misshandlungen leidet, wurde von dem Gesindel vor dem Café Reimann unter den Rufen: "Haut ihn den verdammten Judenhund" überfallen und buchstäblich niedergemacht. Er hat zahlreiche, erhebliche Verletzungen erlitten. Der Dentist Pauly, auch kein Jude, wurde mit den Rufen: "Der Kerl hat ja gelächelt!" vor dem Ufa-Palast am Zoo angefallen und niedergeprügelt. Noch schlimmer erging es dem armenischen Studenten Aram Ter Minasian, der in der Nähe der Schlüterstrasse von sechs Mann überfallen, niedergeschlagen und mit Fusstritten im Gesicht bearbeitet wurde. Der Kaufmann Nickels, wiederum kein Jude, stand vor dem Kaufhaus Grünfeld am Kurfürstendamm, als er von einem Trupp Hakenkreuzler angegriffen wurde. Mit dem Ruf "Der sieht auch verdächtig aus" stürzte sich der Angeklagte Meede der jetzt den Ahnungslosen spielt, auf den Zeugen, misshandelte ihn brutal

SPD. In dem Prozess gegen die Berliner nationalsozialistischen Mörder vom Sturm 33, der übrigens, 4 Mann hoch seine Angeklagten auch im Kurfürstendamm-Prozess stellt, geht die Beweisaufnahme nach wochenlanger Verhandlung ihrem Ende entgegen.

Die viehische Ermordung des Arbeiters Grünberg, der von den Burschen des Sturms 33 überfallen und wie ein Stück Vieh niedergeknallt wurde, ist bereits in ihren wesentlichsten Punkten geklärt. Die Beweisaufnahme hat ein lückenloses Bild von der Schuld der Angeklagten gegeben. Alle Versuche der Angeklagten, die Tat zu bemänteln, zu bagatellisieren, oder ihre Schuld überhaupt zu leugnen, sind völlig zusammengebrochen. Ein Lokaltermin, der vor dem Nazi-Lokal Hebbelstrasse 20 stattfand, hat die Situation der Angeklagten weiter wesentlich verschlechtert. Es galt die entscheidende Frage zu klären, ob die Tatzeugen, die insbesondere den Angeklagten Foyer aufs schwerste belastet hatten, den Mordüberfall von ihrem Standort aus beobachten konnten. Die Angeklagten hatten das heftig bestritten. Der Lokaltermin brachte die Bestätigung der Zeugenbekundungen. Es wurden zahlreiche Versuche unternommen, um die Angaben der Zeugen nachzuprüfen. Das Ergebnis war für die Angeklagten vernichtend. Man prüfte die angegebenen Zeiten mit der Stop-Uhr, sie stimmten haargenau.

Eine Zeugin, die Braut eines geflüchteten Nationalsozialisten, hat dem Gericht mitgeteilt, dass man in den Kreisen des Sturms 33 schon einige Zeit vor dem Anschlag Mordpläne gegen Grünberg erwogen habe. Sie will das von ihrem Bräutigam gehört haben.

SPD. Koblenz, 19. September (Eig. Drahtb.)

Von dem Zusammenbruch der Evangelischen Heimstätten-Genossenschaft Devaheim ist auch das Koblenzer Handwerk stark betroffen worden. Die Baugenossenschaft des Deutsch-Evangelischen Volksbundes in Koblenz hat in dem Stadtteil Koblenz-Lützel 36 Kleinwohnungen errichtet. Jetzt ist sie in Konkurs geraten. Den Handwerkern gegenüber hat sie noch Verpflichtungen von über 60 000 Mark.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

In den beiden letzten Wochen haben in den Reichsministerien mit den beteiligten Kreisen zahlreiche Besprechungen stattgefunden mit dem Ziele, eine Verbilligung des notwendigen Lebensbedarfs der Arbeitslosen für den kommenden Winter zu erreichen. Bei Verhandlungen, die im Reichsarbeitsministerium mit den Verbänden des Gross- und Einzelhandels, den Konsumgenossenschaften und dem Deutschen Industrie- und Handelstag stattgefunden haben, haben sich bereits Handel und Konsumgenossenschaften grundsätzlich zur verbilligten Lieferung von Kartoffeln und Brennstoffen bereit erklärt. Weiter haben sie zugesagt, auf ihre Mitglieder einzuwirken, damit sie sich zu örtlichen Verhandlungen mit den Gemeinden über die Verbilligung weiterer Lebensmittel bereit finden. Der Handel fordert, dass auch die Erzeuger zu dem Opfer beitragen. Verhandlungen in dieser Richtung sind vom Reichsarbeitsministerium mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie aufgenommen. Daneben laufen Verhandlungen mit den Kohlen-syndikaten im Reichswirtschaftsministerium und mit dem Bäcker- und Fleischerhandwerk, den Brotfabriken und der Fleischwarenindustrie im Reichs ernährungsministerium, die noch auf weitere Erzeugerkreise und Gewerbe ausgedehnt werden sollen.

Die Zuführung der verbilligten Lebensmittel an die Arbeitslosen soll nach Möglichkeit über den Einzelhandel und die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften geschehen. Das Verfahren soll von den Fürsorgeträgern gemeinsam mit den beteiligten Wirtschaftskreisen örtlich geregelt werden. Dabei wird auch zu entscheiden sein, inwieweit Barunterstützungen durch Sachleistungen abge-

löst werden können.

Die Reichsregierung hofft, auf diese Weise die Kaufkraft der Arbeitslosen stärken und kostspielige Sondereinrichtungen zu ihrer Versorgung ausserhalb des üblichen Handelsweges vermeiden zu können. Deshalb ist es erwünscht, dass auch die einzelnen Fürsorgeträger nicht selbständig Massnahmen ergreifen, durch die das Ergebnis der sich ihrem Abschluss nähernden Verhandlungen beeinträchtigt werden könnte.

SPD. Paris, 19. September (Eig. Drahtb.)

Der Landesausschuss der CGT hat am Sonnabend den gesamten bisherigen Vorstand einstimmig wiedergewählt. Der Ausschuss beschloss ferner, vor der grossen Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres eine umfangreiche Propaganda zugunsten der Abrüstung zu organisieren.

SPD. Dresden, 19. September (Eig. Drahtb.)

Die sächsische Notverordnung, die am Dienstag bekanntgegeben werden soll, wird als Hauptpunkt eine Kürzung der Beamtengehälter um 5 Prozent enthalten, ferner eine Streichung aller Zulagen bis zur Höhe von weiteren 2 Prozent des Gesamtgehalts. Die Gemeindebeamten-Gehälter werden ebenfalls herabgesetzt werden. Die Kreishauptmannschaft Bautzen soll aufgehoben werden.

SPD. Rom, 19. September (Eig. Drahtb.)

Der italienische Aussenminister Grandi wird im Oktober den römischen Besuch der deutschen Minister in Berlin erwidern. Mussolini wird nicht nach Berlin reisen.

SPD. Wien, 19. September (Eig. Drahtb.)

Die Postgewerkschaft protestiert in einem Aufruf an die Postangestellten dagegen, dass sich führende Postangestellte beim Heimwehrputsch hervorgetan haben. In dem Aufruf heisst es weiter, dass an die Spitze der Disziplinargerichte, die zur Zeit mit der Untersuchung des putschistischen Verbrechens betraut seien, bekannte Heimwehrleute, also Kameraden der Verfassungsbrecher, gestellt wurden.

In Judenburg wurde die Druckerei, in der die Proklamation Pfriemers gedruckt wurde, behördlich gesperrt. Zwei der Besitzer sind geflohen, einer wurde verhaftet. Bei dem Ort Weitz in Steiermark wurden in einem Versteck 230 Gewehre, vier Maschinengewehre und viel Munition gefunden und beschlagnahmt.

Der Putschist Starhemberg gibt bekannt, dass er wieder die Bundesführung des gesamten Heimatschutzverbandes Österreichs übernommen hat.

SPD. Tokio, 19. September (Eig. Drahtb.)

Das japanisch-chinesische Konflikt ist entgegen den gehegten Erwartungen am Sonnabend noch nicht beigelegt worden. Vielmehr besetzten die Japaner im Laufe des Tages eine ganze Reihe militärischer Stützpunkte wie Wantung, Jinkow, Fushun u.a. Die chinesische Besatzung dieser Stützpunkte wurde entwaffnet.

SPD. Rom, 19. September (Eig. Drahtb.)

Die italienische Regierung hat am Sonnabend über den Stand der Flottenverhandlungen zwischen Frankreich und Italien eine halbamtliche Verlautbarung veröffentlicht, wonach die französische Regierung der italienischen Regierung kurz vor der Genfer Tagung ein neues Memorandum überreicht hat. Die inzwischen beendete Prüfung habe aber ergeben, dass die neuen französischen Vorschläge nicht für eine Einigung in der Flottenfrage geeignet seien. Alle anderen Mitteilungen seien unrichtig.

SPD. Madrid, 19. September (Eig. Drahtb.)

Die Kammer nahm den Artikel 6 der Verfassung in folgendem Wortlaut an: "Spanien verzichtet auf den Krieg als Instrument nationaler Politik".

SPD. Amtlich wird mitgeteilt :

Die auf Grund der Selbstanzeige gewährte Steueramnestie hat zwar nicht, unbeachtliche Erfolge gehabt. Immerhin glaubt die Reichsregierung, gewichtige Anhaltspunkte dafür zu haben, dass bei weitem noch nicht alle Kreise der Bevölkerung den ernstlichen Willen gehabt haben, ihren steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen und die bisher verschwiegenen Vermögenswerte der Besteuerung wieder zuzuführen. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, dass die bisher hinterzogenen Werte steuerlich erfasst werden; sie ist entschlossen, diesen ihren Willen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Zu diesem Zwecke verlängert sie noch einmal die Steueramnestiefrist bis zum 15. Oktober und sieht zur Erlangung der Steueramnestie neben der Selbstanzeige der bisher verschwiegenen Werte auch noch einen neuen Weg, nämlich den Erwerb einer steuerfreien Reichsbahn-Anleihe

in Höhe der bisher nicht angegebenen Werte ohne Anzeigepflicht vor. Dafür soll aber gegen alle diejenigen, die von dieser nochmaligen Gelegenheit, wieder steuerehrlich zu werden, keinen Gebrauch machen, mit den schwersten Strafen vorgegangen werden. Wer nunmehr sein Vermögen weiterhin vorsätzlich nicht richtig deklariert oder das bisher schon angegebene Vermögen nicht entsprechend berichtet oder auf Befragen unrichtige Auskünfte gibt, wird auf jeden Fall mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, in schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.

Ausserdem sollen in verstärktem Umfange eidesstattliche Versicherungen darüber eingefordert werden, dass anderes als das angegebene Vermögen nicht vorhanden ist, insbesondere dass im Auslande keine weiteren Vermögensgegenstände liegen. Endlich wird sich die Reichsregierung mit ausländischen Regierungen zwecks gegenseitiger Erfassung der im Ausland befindlichen Vermögen in Verbindung setzen.

Zur Steueramnestie speziell sei folgendes bemerkt: Steueramnestie soll nach der neuen Verordnung nicht nur eintreten, wenn der Steuerpflichtige die bisher vorgesehene Anzeige gegenüber der Steuerbehörde mit entsprechenden Nachzahlungen für 1931 und 1930 macht, sondern auch dann, wenn er, ohne dass er zur Anzeige, die von manchen, die wieder steuerehrlich werden und zahlen wollen, gescheut wird, verpflichtet sein soll, die von der Reichsbahn jetzt ausgegebene steuerfreie Anleihe im Nennwert des bisher verschwiegenen Vermögens per 1. Januar 1931 und wenn hinterzogenes Einkommen, Erbschaften, Schenkungen, Gewerbeertrag oder 5 % des Umsatzes in einem der Jahre 1930, 1929 oder 1928 grösser ist, Anleihe in Höhe dieses Betrages erwirbt. Wer diesen Weg der Amnestie wählt, muss die Anleihe 5 Jahre ununterbrochen im Besitz behalten. Sonst geht er der Vorteile der Amnestie mit rückwirkender Kraft verlustig. Die Anleihe soll ausserdem steuerfrei sein. Das war nötig, denn sonst hätte der

Steuerpflichtige bisher hinterzogene Umsätze und die Erträge daraus bereits im nächsten Jahre in seiner Steuererklärung aufnehmen müssen und dann wäre gerade das nicht erreicht, was mit der Amnestie durch Zeichnung von Anleihe ohne Deklaration erreicht werden sollte. Um aber dem Steuerpflichtigen für die Zukunft keine ungerechtfertigten Vorteile zuzuwenden, ist der Zinssatz niedrig d.h. auf $4 \frac{1}{2}$ % bemessen. Darin liegt gleichsam ein vorweggenommener Abzug der in Frage kommenden Steuern vom Einkommen und Vermögen.

Die Anleihe soll auch von anderen Personen als solchen, die bisher ihre Steuern nicht richtig bezahlt haben, erworben werden können. Ein gewisser Anreiz liegt trotz niedrigen Zinsfusses in der Steuerfreiheit. Da diese Personen die Anleihe selbstverständlich jederzeit übertragen können, sind sie auch von vornherein in der Lage, sie steuerfrei zu verschenken, während diejenigen, die die Anleihe zu Steueramnestiezwecken erworben haben, sie erst nach 5 Jahren steuerfrei verschenken können.

Ueber den Erfolg der Anleihe kann naturgemäss nichts gesagt werden. Er wird wesentlich davon abhängen, wie gross die Steuerhinterziehungen sind, die auf diesem Wege wieder gutgemacht werden sollen. Immerhin wird es sich um nicht unerhebliche Beträge handeln. Das Aufkommen wird die Reichsbahn für ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm verwenden.

Schliesslich weist die Reichsregierung auf folgendes hin: Es ist in letzter Zeit eine so weitgehende Missachtung der Gesetze und ein so erschreckender Mangel an gesundem Gemeinschaftsgefühl und staatsbürgerlicher Gesinnung hervorgetreten, dass durchgreifende Abwehrmassnahmen unerlässlich sind. Die Reichsregierung hat sich daher entschlossen, zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und zur Reinerhaltung der deutschen Wirtschaft und der öffentlichen Steuermoral dem Herrn Reichspräsidenten den Erlass einer Notverordnung über die Errichtung von Sondergerichten vorzuschlagen. Die Sondergerichte sollen in einem auf das äusserste beschleunigten Verfahren zur Aburteilung von gröblichen Terrorakten und Gewalttätigkeiten sowie von schweren Fällen verbrecherischer geschäftlicher Misswirtschaft oder Steuer- und Devisenhinterziehung berufen sein.

SPD. Der "Pressedienst der Zentrumspartei" wendet sich dagegen, dass die von der Reichsregierung geplante Reichsbahnanleihe völlig steuerfrei sein soll. Er schreibt u.a. :

"Das Abenteuerliche liegt darin, dass diese Anleihe dazu bestimmt sein soll, die geflüchteten Steuergelder zwar zurückzuholen, diese Steuerflucht aber noch besonders zu belohnen dadurch, dass die gezeichneten Anteile frei sowohl von der Einkommen-, wie von der Vermögens-, wie von der Erbschaftssteuer sein werden. Hier finden wir eine Anlehnung an die sogenannte Anleihe von 1929, die ebenfalls eine derartige Steuerfreiheit statuierte, aber damals trotz allem doch nicht den gewünschten Erfolg - man glaubte an einen Eingang von 500 Millionen und erreichte kaum 200 Millionen Mark! - erzielen konnte. Der grosse Unterschied zwischen der jetzt geplanten Anleihe und der damaligen ist aber der, dass diese letztere Anleihe lediglich auf Reichsmark gestellt ist, während für die nunmehr zu begebenden Obligationen die Feingoldbasis garantiert wird. Ausserdem steht hinter diesen Obligationen das gewaltige Vermögen der Deutschen Reichsbahn. Aber selbst in dieser geradezu eine Belohnung der Steuerflucht darstellenden Regelung könnte man unter den finanz- und wirtschaftspolitischen Verhältnissen, unter denen gegenwärtig die gesamte Wirtschaft in Deutschland zu leiden hat, noch nichts Besonderliches sehen, da in solchen Zeitläuften jeder Versuch, die Fluchtkapitalien zurückzubringen und vor allem solche Mittel zu Arbeitsbeschaf-

fungszwecken zu verwenden, begrüsst werden muss. Das Absonderliche und Phantastische liegt darin, dass die Anleihe jedem Zugriff der Finanzbehörden entzogen werden soll."

SPD. Anm.f.d.Red.: Der heutigen Ausgabe unseres Dienstes liegt der Abzug einer Mater bei, deren Inhalt einem Buche des früheren Kommunisten Zeutschel entnommen ist. Das Buch erscheint in diesen Tagen im Dietz-Verlag und enthüllt das Treiben der kommunistischen Terrorgruppen vom Hamburger Aufstand bis 1926. Wir bieten Ihnen die Mater zum Preise von 5.-- Mark pro Stück an. Der Versand erfolgt sofort nach Eingang der Bestellung.

(Schluss des politischen Teils. -- Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf welle 2850)



45 000 Kumpels streiken!

Kampf um das nackte Leben - Reportage aus dem amerikanischen Kohlenrevier.

SPD. New York, Mitte September (Eig. Ber.)

In Pennsylvania, Ohio, West-Virginia und Kentucky wütet der grösste Streik in der Geschichte der amerikanischen Bergarbeiter. Es ist ein Streik nicht um höheren Lohn oder bessere Arbeitsbedingungen, sondern ein Streik um das nackte Leben der einzelnen Arbeiter und ihrer Familien, hervorgerufen durch die schlimmste Kohlenkrise, die es je in den Vereinigten Staaten gegeben hat. Wie in der ganzen Welt, so macht sich auch im amerikanischen Kohlenrevier die Krise des kapitalistischen Systems bemerkbar. Es bricht und bröckelt an allen Enden und man versucht, es mit allen militärischen Gewaltmassnahmen und durch unerhörten und brutalen Lohndruck auf die Arbeiter zu halten. Aber diese Arbeiter, die kaum ihr Leben fristen können, auch wenn sie arbeiten, die stehen jetzt im Streik gegen den Wahnsinn der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft, die nicht sterben will und die doch nicht mehr lebensfähig ist.

Schlimmer als im Busch.

Die Kumpels schufteten über Tag und unter Tag, Tag und Nacht, und sie verdienten nicht soviel, dass sie davon leben konnten. Das waren Szenen, die man überall beobachten konnte: Kränkliche, unterernährte Frauen warteten mit Körper am Arm vor den Läden der Gesellschaften; sie hofften, einen Kreditschein über 60 oder 70 Cents zu bekommen, um Lebensmittel dafür kaufen zu können. Denn allgemeingültiges Geld bekamen sie überhaupt nicht - nur Kreditscheine und Kompaniegeld; man wollte sie dadurch in völliger Abhängigkeit halten. Die Kumpels wohnen mit ihren Familien in Baracken, die der Gesellschaft gehörten, waren gezwungen, in den Läden der Gesellschaft zu kaufen, sie waren schlimmere Arbeitssklaven als die Peons im Busch von Mexiko. Und wenn der Hunger die Frauen ohne Geld in die Läden trieb, mussten sie sich anbrüllen lassen: "Raus hier, eure faulen Männer haben noch keine Kohle rangeschafft".

Ausgebeutet und betrogen.

Die den Bergarbeitern bisher gezahlten Löhne waren aussergewöhnlich niedrig; ausserdem wurde von vornherein stets ein sehr grosser Betrag für Licht, Sprengstoff (!), Arznei, Versicherung, Bad, Miete und elektrisches Licht abgezogen. Bisweilen erreichten die Abzüge eine so beträchtliche Höhe, dass von der Gesellschaft überhaupt alles verrechnet wurde und der Arbeiter überhaupt nichts herausbekam.

Auf den Gruben, wo fast kein Tag vergeht, ohne dass ein grösseres Unglück vorkommt, muss natürlich auch ein Arzt sein. In Cedar Grove arbeiteten vor dem Streik an die 800 Kumpels. Jedem wurden im Monat 2 Dollar als Honorar für den Arzt abgezogen. Das machte 1600 Dollar, welche die 800 Kumpels für den Arzt aufbrachten. Der Arzt wurde aber von der Gesellschaft bezahlt und zwar erhielt er nur 600 Dollar im Monat. Und die übrigen 1000 Dollar? Einen ausländischen Arbeiter, der den Direktor danach gefragt hätte, hätte man sicher sofort wegen Staatsgefährlichkeit deportiert oder eingesperrt.

Die wirklichen Gotteslästerer.

"Bald wird Jesus erscheinen, seid bereit!" - "Seid vorbereitet, Gott zu empfangen!" - "Geht regelmässig in die Kirche!" Das ist eine kleine Auswahl von kirchlichen Propagandasprüchen, die auf den Landstrassen und überall angebracht sind. Die Kirche ist sehr aktiv mit ihrer Propaganda, und jede Sekte verspricht für weniger Geld ein besseres Himmelreich als die andere, getreu den

Grundsätzen der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft. Nun sind aber gerade in Harlan County, Kentucky, wo die Sekten am schlimmsten flörieren, die Arbeitsbedingungen für die Kumpels am unerträglichsten, und der Streik wird dort mit der äussersten Erbitterung geführt. Es muss schon ziemlich schlimm sein, wenn eine religiöse Zeitschrift wie "The World To - Morrow" den Streik der Kohlenarbeiter "einen Streik gegen unerträgliche Verhältnisse" nennt. Diese Zeitschrift schreibt wörtlich, "die Streikenden werden von bewaffneten Streikbrechern und den Wachtposten terrorisiert und oft sogar von der Polizei selbst". Diese Feststellung ist von dieser Seite eine schwere Anklage und ein Beweis dafür, welche Zuspitzung der Klassenkampf im Kohlenrevier erfahren hat.

Ein hilfsbereiter junger Theologe...

Arnold Johnson kam als Vertreter einer christlichen Gewerkschaft in das Kohlenrevier mit dem guten Willen, den Streikenden zu helfen und ihnen eine Behandlung nach den Prinzipien der christlichen Gerechtigkeit zu sichern. Man liess ihn aber sein schwärmerisches Hilfswerk gar nicht erst beginnen, sondern verhaftete ihn unter dem Vorwand, einen gewaltsamen Umsturz der Regierung propagiert zu haben. Der harmlose junge Amerikaner hatte bestimmt nie an so etwas gedacht. Man bewies ihm aber seine Staatsgefährlichkeit durch etliche Schriften und Broschüren, die sich in seinem Besitz befanden und in denen der gefährliche Satz stand, "kein Mensch sollte je für das eingesperrt werden, was er sagt". Das legte die amerikanische Justiz als verbrecherischen Syndikalismus aus und der junge Theologe flog ins Gefängnis. Dort kann er jetzt über die Methoden im Klassenkampf nachdenken.

S.P.

+ + +
Neue Katapult-Konstruktion. Die deutschen Werke in Kiel haben ein neues Flugzeugkatapult konstruiert und mit dem Wasserflugzeug D 1462 erfolgreich ausprobiert. Die Führung der Gleitbahn ist bei dieser neuen Konstruktion auf einen turmartigen Unterbau aufgesetzt und um den ganzen Kreisbogen schwenkbar. Die Schleuderung erfolgt durch Presluft von 30 bis 40 Atmosphärendruck. Der Druck wirkt auf einen am Fundament befestigten Kolben und wird von hier aus mittels Rollen und Seilen flaschenzugartig und mit freifacher Beschleunigung auf den Schlitten übermittelt, der das Flugzeug trägt. Am Ende der Startbahn löst sich das Flugzeug, dessen Motor beim Start bereits auf die höchste Tourenzahl gebracht wird, ruhig vom Schlitten ab.

+ + +
Abenteuerlicher Versicherungsbetrug! In Brüssel wurde unter dem Verdacht des Versicherungsbetruges ein Mann verhaftet, der dort seit über einem Jahr unter dem Namen Tagliavia lebte, sich als italienischer Südfruchthändler ausgab und im Hotel wohnte, ohne Handel zu treiben. Sein Pass erschien einwandfrei. Da er sich durch Umgang mit verdächtigen Leuten verdächtig machte, wurde bei ihm eine Haussuchung vorgenommen, wobei die Polizei seine richtigen Papiere fand. Sie lauteten auf den Namen des Kapitäns Fileti aus Palermo, der in seiner Heimatstadt seit langer Zeit totgesagt war und anscheinend auch von seiner Familie betrauert wurde.

Der Kapitän gab für sein Verhalten eine eigenartige Erklärung. Er sei auf einem französischen Schiff von Marseille nach Algier gefahren. Bei einer Sturmflut wäre er ins Meer gestürzt. Mit verzweifelter Anstrengung und letzten Kräften habe er sich auf eine umherschwimmende Planke gerettet, sei auf ihr fortgetrieben und habe nach langer Zeit ein grosses Boot hätten wohl seine Rettungsrufe gehört, aber doch erst lange überlegt, ob sie ihn retten sollten. Es habe sich nämlich um Marokkaner gehandelt, die mit Boote Waffenschmuggel betrieben. Die Marokkaner hätten ihn aber schliesslich doch an Bord gezogen, gefangen genommen und ein Jahr lang gefangen gehalten. Dann hätten sie ihn freigelassen, jedoch nur unter der feierlichen und ehrenwörtlichen Verpflichtung, dass er weiter als tot zu gelten habe, unter einem falschen Namen fern seiner Heimat le-

be und nie verrate, was er gesehen hätte. Danach habe er gehandelt. Von den hohen Versicherungspolice, die er vor seiner Reise abgeschlossen hatte und die indessen an seine Familie ausbezahlt worden waren, erzählte Fileti kein Wort...

+ + +
Selbstmordversuch: 3 Monate Gefängnis. Von einem Londoner Gericht wurde ein wegen Betrugs mit einem Jahr Gefängnis vorbestrafter stellungsloser Handlungsreisender wegen Selbstmordversuchs zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung sagt der Richter, dass der Angeklagte "keinen äusseren Grund zur Verzweiflung" gehabt hätte: obschon er eben erst aus dem Gefängnis entlassen worden wäre als er sich das Leben nehmen wollte, sei ihm doch von verschiedenen Seiten tatkräftige Hilfe angeboten worden. Der Handlungsreisende hätte diese Hilfe zurückgewiesen und sich in Verzweiflung "hineingesteigert". Der Richter erklärte weiter, dass er auf das an sich in England noch selten angewandte Selbstmordgesetz zurückgreife, damit sich der Angeklagte im Gefängnis "geistig sammeln und sich auf ein gesetztes und geordnetes Leben vorbereiten" könne.

+ + +
Gelöschter Petroleumbrand. Der Brand in der Petroleumsonde bei Moreni (Rumänien) ist nach 2½jährigem ununterbrochenem Wüten erloschen. Durch das Einstürzen einer Seite des Kraters wurde das Feuer erstickt.

+ + +
Der Schatz des Maharadscha. Aus dem Besitz des zur Zeit anlässlich der Round-table-Konferenz in London weilenden indischen Maharadscha von Burdam wurden Juwelen im Werte von 20 000 Mark gestohlen. Die bisher unbekanntes Täter fanden den Weg zum Schatz des Maharadscha über das Dach des von ihm bewohnten Hauses.

+ + +
Veruntreuungen eines Justizministers? Der frühere finnische Justizminister Akesson wurde unter dem Verdacht der Unterschlagung von 1/4 Million Finnmark verhaftet. Akesson, der zuletzt als Richter in der ostfinnischen Stadt Rajakoski amtierte, soll die für Stempelmarken eingegangenen Zahlungen für sich verwandt haben. Es scheint, dass Akesson das Opfer von Erpressern geworden ist.

+ + +
60-Minuten-Schallplatte. In New-York wurde eine doppelseitig bespielte Schallplatte vorgeführt, die auf jeder Seite 30 Minuten läuft. Auf diese Weise war die vollständige Wiedergabe von Beethovens V. Symphonie mit nur einmaliger kurzer Unterbrechung möglich. Das Verfahren beruht darauf, dass die neue Platte fast die doppelte Spurenzahl einer normalen Platte aufweist; ausserdem ist die Umdrehungsgeschwindigkeit des Tellers um etwa die Hälfte reduziert.

+ + +
Gelehrtenpech. Ein Dieb entwendete aus dem Auto des amerikanischen Naturforschers Professor Dolley vor der Universität in Illinois eine wertvolle Sammlung, die ca. 1 000 Stück sehr seltener Schmetterlinge, Spinnen und Käfer im Wert von einer Million Dollar umfasste.

+ + +
Ungetreue Kassierer. Ein Deutscher namens Erich Jung, der Kassierer in einer Brotfabrik bei Bar-Le-Duc (Frankreich, Meuse) war, ist in Marseille verhaftet worden. Er hat Lohngehälter in Höhe von 8 000 Francs unterschlagen und wollte sich nach Marokko einschiffen, um in die Fremdenlegion einzutreten. Jung wurde nach Bar-Le-Duc zurückgebracht und in das dortige Gefängnis eingeliefert.

+ + +
"Gemütliches" Amerika. Das New Yorker Obergericht hat den Bürgern der Stadt angeraten, zum Schutze gegen räuberische Ueberfälle ständig eine Waffe bei sich zu tragen und rücksichtslos anzuwenden.



Reichskonferenz und Landstrassenwärter.

Finanzielle Hilfe für den Landstrassenbau - Protest gegen Entlassungen.

SPD. Am Freitag und Sonnabend tagte in Dresden die zweite Reichskonferenz der im Gesamtverband organisierten Landstrassenwärter. Reuter-Berlin hob in seiner Eröffnungsansprache die gute Organisation der Landstrassenwärter hervor, die im Gesamtverband eine Gruppe von 16 000 Mitgliedern bilden. Die Internationale Föderation des Personals öffentlicher Dienste und Betriebe, die ausländischen Bruderorganisationen und das sächsische Finanzministerium hätten Vertreter entsandt. Zu Vorsitzenden wählte die Konferenz Reuter-Berlin und Preissler-Dresden, als Beisitzer Nolte-Goslar, Kessler-Giessen und Hermes-Gross-Ottersleben.

Der erste Tag der Konferenz war vor allem durch Erörterungen technischer und Verwaltungsfragen ausgefüllt. Sie wurden durch ein Referat des Oberbürgermeister a. D. Dr. Heymann eingeleitet. Heymann verwies auf die steigende Bedeutung der Landstrassen in Rahmen der modernen Verkehrswirtschaft. Diese Entwicklung habe recht viele und schwierige Probleme aufgeworfen. So die Frage einer Verringerung der Verwaltungskosten durch eine Zentralisierung der Verwaltung in der Art, wie man das bei der Reichsbahn hat. Da man aber dann eine neue Verwaltung schaffen müsste, würde das die Kosten nicht verringern, sondern steigern. Richtig sei das System der Provinzialstrassen in Preussen und der Staatsstrassen in anderen Ländern. Ebenso schwierig sei das Problem des Umbaus der Strassen, der binnen zehn Jahren rund 5 Milliarden Mark erfordert. Der jährliche Bedarf werde auf 600 Millionen Mark geschätzt, wovon die Kraftfahrzeugsteuer nur 210 Millionen Mark erbringt. Die übrigen Summen müssten aus anderen Steuern gedeckt werden. Die gegen ärtige Finanznot lasse aber nur noch die allernotwendigsten Strassenarbeiten zu. Durch die Juninotverordnung sollte dieser Finanznot abgeholfen werden. Es seien aber nur ein Fünftel der Strassenlasten aus den so erschlossenen Einnahmen gedeckt worden. Schon daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer stärkeren Finanzierung des Strassenbaues. Anleihen könnten nicht aufgenommen werden. Dadurch gewinne die Strassenunterhaltungsarbeit grössere Bedeutung. Der Referent behandelt denn auch die Frage einer stärkeren Schonung der Strassen.

An den Vortrag Dr. Heymanns schlossen sich Ausführungen des Landesbaurats Kluge über Baustoffe und Maschinen im deutschen Landstrassenbau und in der Landstrassenunterhaltung. Der Referent trat u. a. für eine schleunige Durchführung des Luftreifenzwanges ein und demonstrierte, dass Pferdefuhrwerke mit schweren Lasten und Eisenreifen ebenso auf die Landstrassen wirkten wie die Autos, wenn die Zerstörungsarbeit hier auch anders vor sich geht.

In der Diskussion wies Reuter auf die Unsinnigkeit hin, die sich in den Entlassungen von Landstrassenwärttern zeigt. Die Entlassenen fielen bald der Wohlfahrtsunterstützung zur Last, ohne dass sie den Gemeinden eine Gegenleistung bieten könnten. Der finanzielle Schaden, der im Verfall der Landstrassen hervortrete, sei gross und verursache mehr Kosten, als wenn man Landstrassenwärter weiter beschäftige. Die von Böck-Lindau/Reutin geforderte Besteuerung der Kleinfahrzeuge lehnte Reuter ab, weil diese von Arbeitnehmern als Beförderungsmittel zur Arbeitsstelle benutzt werden. Eine Besteuerung würde eine starke Belastung des Arbeiterhaushaltes bedeuten. Baum-Hofheim erinnert daran, die Kraftfahrer durch ihre Organisationen dazu zu erziehen, die Gefahren

schilder mehr als bisher zu beachten. Kessler-Giessen wünscht grösseren Schutz der Wärter bei der Arbeit, insbesondere bei grosser Kälte. Hecht-Ratzebuhr spricht über technische Fragen und Neuendorf-Königsberg verweist darauf, dass man durch Verringerung der Verwaltung eine vernünftige Rationalisierung erreichen könne. In Ostpreussen gebe es z.B. immer noch 38 Kreisstrassenverwaltungen. In seinem Schlusswort befürwortete Heymann eine stärkere Besteuerung des Kraftwagenverkehrs und betonte, dass die Wegeunterhaltungspflichtigen dafür kämpfen werden, dass sie die notwendigen Mittel erhalten, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Dr.Hertneck stellte fest, dass sich der Gesamtverband für eine Betriebsstoffsteuerung einsetzt.

Es wurde eine Entschliessung angenommen, die mit allem Nachdruck auf die schweren wirtschaftlichen Schäden verweist, die sich aus der Vernachlässigung der Strassen- und Wegeunterhaltung ergeben. Die Mehrzahl aller Landstrassen seien seit Jahren in einem völlig unzureichenden Zustand. Die Reichsregierung müsse eine Entlastung der Wegeunterhaltungspflichtigen durchführen. Ihnen seien durch Umgestaltung der Gesamtbelastung der Kraftverkehrswirtschaft und durch langfristige In- und Auslandsanleihen die erforderlichen Mittel für ihre Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Ein grosszügiges Strassenbauprogramm sei dazu angetan, Hunderttausenden von Erwerbslosen in wirtschaftlicher Tätigkeit Arbeit und Brot zu geben. Zum Schluss wendet sich die Entschliessung gegen die in den letzten Monaten vorgenommenen Entlassungen von Landstrassenwärtern, die jahre- und jahrzehntelang im Dienst standen. Durch solche Massnahmen werde das Heer der Erwerbslosen nur vergrössert und die Landstrassen dem Verfall preisgegeben.

SPD. Die kommunistischen Drahtzieher haben eine neue Walze entdeckt. Das ist der Oppositionskongress. Nachdem die sattsam bekannten Werktagenkongresse nicht mehr die notwendige Zugkraft besitzen, hat man jetzt dieses Firmenschild gewählt. Praktisch handelt es sich bei diesen Zusammenkünften um nichts anderes als rein kommunistische Veranstaltungen. Dabei wird ein Teil der kommunistischen Anhänger dazu verpflichtet, als Mitglieder der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei auf der Bühne zu erscheinen und den Uebertritt zur KPD zu erklären.

Die Generalprobe der Oppositionskongresse geht vor allem in Westdeutschland vor sich. Am verflorenen Sonntag hat bereits in Gelsenkirchen ein dergleicher Kongress getagt. Auch in Essen hört man von ähnlichen Veranstaltungen. Der Verlauf ist immer derselbe. Es wird nicht gegen den Kapitalismus und seine unsinnige Wirtschaftsführung protestiert und demonstriert, sondern gegen die Gewerkschaften. Der Kampf der kommunistischen Drahtzieher gilt nicht der kapitalistischen Ausbeutung, sondern denjenigen, die seit Jahrzehnten im Kampf gegen diese Ausbeutung stehen. Die Kommunisten reihen sich also der Front gegen die Arbeiterschaft ein. Nicht nur beim preussischen Volksentscheid haben sie mit Hugenberg und Hitler in einer Front gekämpft, auch jetzt erweisen sie sich als die besten Helfer einer reaktionären Unternehmerpolitik, indem sie die Gewerkschaften zertrümmern bzw. die Gewerkschaftsarbeit durchkreuzen wollen. Es ist daher selbstverständlich, dass kein ernsthafter und klassenbewusster Arbeiter sich an diesem kommunistischen Theater beteiligt.



Bankenkontrolle und Aktienreform.

Eine ungenügende Abschlagszahlung.

SPD. Die Reichsregierung hat am Sonnabend die Notverordnung über Bankenkontrolle und Aktienreform erlassen. Die Bankenkontrolle tritt am 1. Oktober in Kraft und wird von einem Kommissar, der dem Reichswirtschaftsministerium untersteht, im Zusammenwirken mit einem Kuratorium ausgeübt. Das Kuratorium setzt sich aus den Staatssekretären des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums, aus dem Präsidenten und einem Direktor der Reichsbank sowie dem Kommissar zusammen. Den Vorsitz führt der Reichsbankpräsident. Das Kuratorium kann allgemeine Richtlinien über die Bankpolitik aufstellen. Der Kommissar hat weitgehende Informationsrechte gegenüber den Banken, ausserdem das Recht, an Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen der Banken teilzunehmen und die Einberufung solcher Sitzungen oder von Generalversammlungen zu verlangen.

Die entscheidende Forderung der Sozialdemokratie nach einer Kapitallenkung durch die Bankenkontrollstelle ist unberücksichtigt geblieben, desgleichen die Forderung nach wirtschaftsdemokratischer Zusammensetzung des Kontrollamtes. Es ist nur ein erster, überaus bescheidener Anfang mit der Bankenkontrolle gemacht worden. Im übrigen wird es in allererster Linie darauf ankommen, mit welcher Energie der Bankkommissar die Vollmachten ausnützt, die ihm in die Hände gegeben wurden.

Eine weitere unumgängliche Voraussetzung für ein einigermaßen befriedigendes Funktionieren der Bankenkontrolle ist die schleunige Befreiung der Reichsbank, die im Kuratorium eine massgebende Rolle spielt, von ihrer Abhängigkeit von den Banken. Das bedeutet, dass vor allem die Zusammensetzung des Generalrats der Reichsbank so bald als möglich geändert wird.

In der Frage der Aktienrechtsreform wurde die sogenannte kleine Lösung durchgeführt, d.h. nur die nach der Auffassung der Reichsregierung am dringlichsten einer Reform bedürftigen Fragen sind durch die Notverordnung geregelt worden, alle übrigen sollen dem normalen Gesetzgebungsweg vorbehalten bleiben. Bedauerlich ist, dass die Reichsregierung dabei die Frage der Stimmrechtsaktien, des Depotstimmrechts der Banken und der Funktionen des Betriebsrats im Aufsichtsrat nicht als dringlich angesehen und nicht in die Notverordnung aufgenommen hat.

Die wichtigsten Bestimmungen der jetzigen Regelung beziehen sich auf die Publizität, die Pflichtrevision und die Verwaltung der Aktiengesellschaften. Ueber die Verwaltung wird bestimmt, dass sämtliche Aufsichtsräte bei der nächsten Generalversammlung neu zu wählen und ihre Bezüge neu zu regeln sind. Verboten wird, dass der Aufsichtsrat einer Gesellschaft mehr als 30 Mitglieder umfasst und in der Hand einer Person mehr als 20 Aufsichtsratsmandate vereinigt sind. Diese Bestimmungen sehen zwar populär aus und sollen der Volksstimmung entgegenkommen, treffen aber nur ganz wenige Fälle und lassen im übrigen die Anhängung von Aufsichtsratsmandaten im Regelfall unberührt. Wichtiger ist schon die Verschärfung der Strafbestimmungen für Aktienverwaltungen: in schweren Fällen der Bilanzfälschung oder Bilanzverschleierung und des Handelns zum Nachteil der Gesellschaft kann auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden. Auch die Bestimmung, dass Kredite an Vorstandsmitglieder und ihnen nahestehende Persön-

lichkeiten (merkwürdigerweise aber nicht an Aufsichtsratsmitglieder!) der Genehmigung des Aufsichtsrats bedürfen, stellt einen gewissen Fortschritt dar.

Die Bestimmungen über die Verschärfung der Publizität und über die Einführung der Pflichtrevision entsprechen im wesentlichen den Vorschriften, die schon der Entwurf des Reichsjustizministeriums vorgesehen hatte. Es soll also die Berichterstattung der Verwaltung an die Generalversammlung verbessert und die Bilanz besser und klarer gegliedert werden. Ausserdem sollen die Verwaltungen verpflichtet werden, regelmässig jährlich von unabhängigen Prüfern genaue Buchrevisionen vornehmen zu lassen.

So weit wäre alles in Ordnung, wenn wir davon absehen, dass auch für die Publizität der Aktiengesellschaften weitergehende Vorschriften notwendig gewesen wären. Nun kommt aber das Ueberraschende: Die Notverordnung ermächtigt die Reichsregierung, die Publizitätsbestimmungen und die Vorschriften über die Pflichtrevision nach ihrem Gutdünken in Kraft zu setzen bzw. Uebergangsvorschriften zu erlassen. Diese Verzögerung gerade in den entscheidendsten Fragen der Aktienreform erscheint uns unverständlich. Die Notverordnungen sollen dazu dienen, ausserordentlichen Notständen in Staat und Wirtschaft abzuhelfen. Ihr Zweck kann nur bei schleunigem Vorgehen erreicht werden. Im anderen Falle müsste die Reichsregierung auf Grund der Verfassung warten, bis die langsamer arbeitende Maschine der ordentlichen Gesetzgebung in Bewegung gesetzt werden kann. Welchen Sinn hat es aber, Notverordnungen zu erlassen, in denen man die Regierung ermächtigt, die Bestimmungen derselben Notverordnung zu verschleppen und zu verwässern? Abgesehen von diesen staatsrechtlichen Erwägungen liegt aber auch sachlich keinerlei Grund dafür vor, das Inkrafttreten der Bestimmungen über die Pflichtrevision und über die Publizität hinauszuzögern. Es gibt bereits genug ausgebildete Revisoren, um wenigstens die grösseren Gesellschaften vor der nächsten Generalversammlung zu revidieren und die Vorbereitungen, die zur Beachtung der neuen Bilanzvorschriften erforderlich sind, könnten bereits jetzt in allen Aktiengesellschaften vorgenommen werden.

Die Fortschritte, die die Notverordnung auf dem Gebiet des Aktienwesens bringen sollte, sind also durch die Hinausschiebung der Inkraftsetzung ihrer wichtigsten Bestimmungen zum grössten Teil illusorisch gemacht worden. Diese Handlungsweise der Regierung ist um so unverständlicher und um so bedenklicher, als es sich gerade um jene Bestimmungen handelt, die für die Ueberwindung der Vertrauenskrise gegenüber der deutschen Wirtschaft am allerwichtigsten sind. Wie soll das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft wiederkehren, wenn die in- und ausländische Oeffentlichkeit feststellen muss, dass man nicht wagt, den offenbar gewordenen Misständen im Aktienwesen energisch zu Leibe zu rücken. Sollen diese bedenklichen Wirkungen noch vermieden werden, so muss die Reichsregierung bereits in den allernächsten Tagen von ihrer Ermächtigung zur Einführung der Vorschriften über die Publizität und über die Pflichtrevision den allerweitesten Gebrauch machen.

SPD. Ein neuer Industrieskandal rollt gegenwärtig - diesmal im türingischen Industriegebiet. Es handelt sich um die Firma Opel & Kühne A.G., die bis vor einigen Jahren Familienbesitz war und dann in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Im Falle Opel & Kühne sind nicht Dutzende von Millionen, versehentlich in Taschen geflossen, in die sie nicht gehörten, wie bei den Lahusens, den Blumensteins, den Cords usw.; dafür ist aber mit einer Frechheit gestohlen worden, die die Unzulänglichkeit der am Sonnabend erlassenen Notverordnung über das Aktienrecht treffend beleuchtet.

Nur einige Bilder aus dem Falle Opel & Kühne. Direktoren bei Opel & Kühne waren Kurt und Willi Opel. Jahrelang hat die Firma Arbeiter bezahlt, die nicht arbeiteten, d.h. in den Lohnbüchern wurden hochbezahlte Arbeiter geführt. Die

Lohntüten für diese Papierarbeiter erhielt aber der Direktor Kurt Opel; war er auf Reisen, so wurde ihm das Geld durch Postanweisung nachgeschickt. Kurt Opel, der bei der Firma Opel & Kühne ein Gehalt in Höhe von 24 000 Mark pro Jahr und eine Tantieme von 12 000 Mark bezog, bereicherte sich auf diese Weise allein um 81 000 Mark. Selbstverständlich wurden von diesen Nebeneinnahmen keine Steuern bezahlt. Bei diesem Geschäft war dem Herrn Direktor ein bekannter Nazimann behilflich. Wir sind neugierig, ob auch hier nicht ein Scherflein für Hitlers Drittes Reich abgefallen ist?

Selbstverständlich brauchte Kurt Opel eine Villa. Sie wurde gebaut, aber nicht mit eigenem Geld, sondern mit dem Geld der Firma. Aus diesem Posten sind bis jetzt allein Verluste in Höhe von 25 000 Mark nachgewiesen. Wenn man schon die Villa mit dem Geld der Firma baut, so ist es nur in der Ordnung, dass die Firma auch die Kosten des Privathaushaltes der Direktoren bezahlt. Private Gas- und Elektrizitätsrechnungen wurden einfach auf Geschäftskosten verbucht. Dabei dürften beide Direktoren im Laufe von zehn Jahren über 15 000 erspart haben. Auf ähnliche Weise wurde mit den Kosten für Steuern, Versicherung und Unterhalt und Benzinverbrauch der 4 bis 5 Autos der beiden Direktoren verfahren. Auch die Autos bezahlte die Firma zum grössten Teil. So verdienten die Direktoren rund 40 bis 50 000 Mark.

Man fragt sich, welche Kontrolle in diesem Betrieb geherrscht haben muss? Und man hört, dass es zwei Kassierer in diesem Betrieb gab. Der eine Kassierer eben Generaldirektor Willi Opel, nahm das Geld ein. Dann gab es noch einen zweiten Kassierer, der eigentlich der richtige Kassierer sein sollte. Der hatte nur die Beträge zu verbuchen. Er verbuchte oft, ohne sich überzeugt zu haben, dass das verbuchte Geld auch einging.

Auf geradezu phantastische Weise wurde die Inventur vorgenommen. Direktor Opel bestimmte, wie hoch die Inventur sein musste. Danach hatte sich die Aufnahme einzurichten. blieb sie hinter den Wünschen zurück, so wurde das Ergebnis einfach erhöht, wurde Inventur auf dem Papier gemacht, gleichgültig, ob entsprechende Bestände an Waren und Materialien überhaupt waren oder nicht. Die Beträge, um die die Inventur "ausgeglichen" wurde, schwankten zwischen 130 bis 150 000 Mark. Die Erhöhung der Inventur für das letzte Geschäftsjahr hat ein Angestellter vorgenommen, der als Nationalsozialist bekannt ist.

Die Inventurschwindeleien geschahen offensichtlich in der Absicht, die Banken zu grösseren Kreditvergaben zu veranlassen. Die Banken wurden regelrecht hinter das Licht geführt und betrogen. Der grösste Kreditgeber bei Opel & Kühne ist die Commerz- und Privatbank. Ihre Leute sitzen bei Opel & Kühne im Aufsichtsrat. Die Commerz- und Privatbank hat auch mehrere Revisionen vornehmen lassen - ohne etwas zu finden. Sollte man nicht selbst bei der Commerz- und Privatbank zu der Auffassung kommen, dass auch die jetzt durch Notverordnung verfügte Verschärfung der Kontrolle bei weitem nicht genügt, um derartigen Kapitalvergeudungen vorzubeugen?

Auch im Falle von Opel & Kühne hat man bis jetzt nichts davon gehört, dass der Staatsanwalt die Schuldigen hinter Schloss und Riegel gesetzt hat. Dagegen wurde am Sonnabend ein Angestellter zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einige tausend Mark unterschlagen hatte. Charakteristisch ist, dass der Verteidiger während der Verhandlung darauf hinwies, "dass der Angeklagte in einem Betrieb gearbeitet habe, in dem die Direktoren jahrelang in einer Weise mit Bilanzfälschungen, doppelter Kassenführung, Betrügereien der Kreditgeber usw. in die eigene Tasche arbeiteten, sodass dieser Fall nur einen kleinen Ausschnitt eines grossen Korruptionssumpfes sei. Wenn das Gericht schon den Angeklagten bestrafe, so solle es aber nicht das Sprichwort wahrmachen: Die kleinen Diebe hängt man und die grossen Diebe lässt man laufen". Vielleicht beherzigt der Staatsanwalt diesen Appell.

Geringe Umsatztätigkeit.

(Berliner Getreidebörse vom 19. September.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Sonnabend recht ruhiger Wochenendverkehr. Das Angebot an promptem Brotgetreide war zwar recht knapp, jedoch herrschte auf der anderen Seite auch nur geringe Nachfrage, da bei dem schleppenden Mehlabatz der Konsum nur gering ist. Bei den verhältnismässig wenigen Abschlüssen, die zustandekamen, wurden vielfach für Weizen und Roggen um 1.-- Mark höhere Preise erzielt. Auch der Markt der Zeitgeschäfte eröffnete etwas fester, allerdings gingen die Preisgewinne im Verlauf der Börse zum grossen Teil wieder verloren. Am Mehlmarkt wurde Weizenmehl nur in kleinsten Mengen zu unveränderten Preisen aufgenommen. Etwas stärker war die Nachfrage nach Roggenmehl, insbesondere in billigeren Qualitäten. Hafer hatte stetige Tendenz. Der Mangel an feiner Ware macht sich bemerkbar, sodass für wirklich gute Qualitäten verhältnismässig feste Preise erzielt werden.

	18. September	19. September
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	210 - 213	210 - 213
Roggen	182 - 185	183 - 186
Futter- und Industrieroggen	149 - 156	149 - 156
Hafer	132 - 140	132 - 140
Weizenmehl	26,25-32,25	26,25-32,25
Roggenmehl	25,25-28,00	25,25-28,00
Weizenkleie	11,00-11,25	10,75-11,00
Roggenkleie	9,25- 9,50	9,25- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 228 $\frac{1}{2}$ (Vortag 227 $\frac{1}{2}$), Oktober 225 $\frac{1}{2}$ -224 $\frac{1}{4}$ (225 $\frac{1}{2}$), Dezember 226 $\frac{1}{2}$ -226 $\frac{1}{2}$ (225 $\frac{1}{2}$). Roggen September 197 $\frac{1}{2}$ -197 Brief (196), Oktober 194-193 $\frac{1}{2}$ Brief (193 $\frac{1}{2}$), Dezember 193-192 $\frac{1}{4}$ (192 $\frac{1}{2}$), Hafer September - (143), Oktober 145 $\frac{1}{2}$ (145), Dezember 146 (145).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreis vom 19. September. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126, II. 113, abfallende Ware 99 RM.

SPD. Die nordamerikanischen Gewerkschaften haben dem staatlichen Wirtschaftsforschungsausschuss eine Denkschrift überreicht, in der die Einberufung eines nationalen Wirtschaftskongresses gefordert wird. An diesem Kongress sollen alle industriellen Organisationen des Landes teilnehmen. Man will alle Faktoren untersuchen, die die Entwicklung der Wirtschaft während der nächsten zehn Jahre beeinflussen könnten. So gedenkt man Mittel zu finden, das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen.

Lohntüten für diese Papierarbeiter erhielt aber der Direktor Kurt Opel; war er auf Reisen, so wurde ihm das Geld durch Postanweisung nachgeschickt. Kurt Opel, der bei der Firma Opel & Kühne ein Gehalt in Höhe von 24 000 Mark pro Jahr und eine Tantieme von 12 000 Mark bezog, bereicherte sich auf diese Weise allein um 81 000 Mark. Selbstverständlich wurden von diesen Nebeneinnahmen keine Steuern bezahlt. Bei diesem Geschäft war dem Herrn Direktor ein bekannter Nazimann behilflich. Wir sind neugierig, ob auch hier nicht ein Scherflein für Hitlers Drittes Reich abgefallen ist?

Selbstverständlich brauchte Kurt Opel eine Villa. Sie wurde gebaut, aber nicht mit eigenem Geld, sondern mit dem Geld der Firma. Aus diesem Posten sind bis jetzt allein Verluste in Höhe von 25 000 Mark nachgewiesen. Wenn man schon die Villa mit dem Geld der Firma baut, so ist es nur in der Ordnung, dass die Firma auch die Kosten des Privathaushaltes der Direktoren bezahlt. Private Gas- und Elektrizitätsrechnungen wurden einfach auf Geschäftskosten verbucht. Dabei dürften beide Direktoren im Laufe von zehn Jahren über 15 000 erspart haben. Auf ähnliche Weise wurde mit den Kosten für Steuern, Versicherung und Unterhalt und Benzinverbrauch der 4 bis 5 Autos der beiden Direktoren verfahren. Auch die Autos bezahlte die Firma zum grössten Teil. So verdienten die Direktoren rund 40 bis 50 000 Mark.

Man fragt sich, welche Kontrolle in diesem Betrieb geherrscht haben muss? Und man hört, dass es zwei Kassierer in diesem Betrieb gab. Der eine Kassierer eben Generaldirektor Willi Opel, nahm das Geld ein. Dann gab es noch einen zweiten Kassierer, der eigentlich der richtige Kassierer sein sollte. Der hatte nur die Beträge zu verbuchen. Er verbuchte oft, ohne sich überzeugt zu haben, dass das verbuchte Geld auch einging.

Auf geradezu phantastische Weise wurde die Inventur vorgenommen. Direktor Opel bestimmte, wie hoch die Inventur sein musste. Danach hatte sich die Aufnahme einzurichten. blieb sie hinter den Wünschen zurück, so wurde das Ergebnis einfach erhöht, wurde Inventur auf dem Papier gemacht, gleichgültig, ob entsprechende Bestände an Waren und Materialien überhaupt waren oder nicht. Die Beträge, um die die Inventur "ausgeglichen" wurde, schwankten zwischen 130 bis 150 000 Mark. Die Erhöhung der Inventur für das letzte Geschäftsjahr hat ein Angestellter vorgenommen, der als Nationalsozialist bekannt ist.

Die Inventurschwindeleien geschahen offensichtlich in der Absicht, die Banken zu grösseren Kredithergaben zu veranlassen. Die Banken wurden regelrecht hinter das Licht geführt und betrogen. Der grösste Kreditgeber bei Opel & Kühne ist die Commerz- und Privatbank. Ihre Leute sitzen bei Opel & Kühne im Aufsichtsrat. Die Commerz- und Privatbank hat auch mehrere Revisionen vornehmen lassen - ohne etwas zu finden. Sollte man nicht selbst bei der Commerz- und Privatbank zu der Auffassung kommen, dass auch die jetzt durch Notverordnung verfügte Verschärfung der Kontrolle bei weitem nicht genügt, um derartigen Kapitalvergeudungen vorzubeugen?

Auch im Falle von Opel & Kühne hat man bis jetzt nichts davon gehört, dass der Staatsanwalt die Schuldigen hinter Schloss und Riegel gesetzt hat. Dagegen wurde am Sonnabend ein Angestellter zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einige tausend Mark unterschlagen hatte. Charakteristisch ist, dass der Verteidiger während der Verhandlung darauf hinwies, "dass der Angeklagte in einem Betrieb gearbeitet habe, in dem die Direktoren jahrelang in einer Weise mit Bilanzfälschungen, doppelter Kassenführung, Betrügereien der Kreditgeber usw. in die eigene Tasche arbeiteten, sodass dieser Fall nur einen kleinen Ausschnitt eines grossen Korruptionssumpfes sei. Wenn das Gericht schon den Angeklagten bestrafe, so solle es aber nicht das Sprichwort wahrmachen: Die kleinen Diebe hängt man und die grossen Diebe lässt man laufen". Vielleicht beherzigt der Staatsanwalt diesen Appell.

Geringe Umsatztätigkeit.

(Berliner Getreidebörse vom 19. September.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Sonnabend recht ruhiger Wochenendverkehr. Das Angebot an promptem Brotgetreide war zwar recht knapp, jedoch herrschte auf der anderen Seite auch nur geringe Nachfrage, da bei dem schleppenden Mehlabatz der Konsum nur gering ist. Bei den verhältnismässig wenigen Abschlüssen, die zustandekamen, wurden vielfach für Weizen und Roggen um 1.-- Mark höhere Preise erzielt. Auch der Markt der Zeitgeschäfte eröffnete etwas fester, allerdings gingen die Preisgewinne im Verlauf der Börse zum grossen Teil wieder verloren. Am Mehlmarkt wurde Weizenmehl nur in kleinsten Mengen zu unveränderten Preisen aufgenommen. Etwas stärker war die Nachfrage nach Roggenmehl, insbesondere in billigeren Qualitäten. Hafer hatte stetige Tendenz. Der Mangel an feiner Ware macht sich bemerkbar, sodass für wirklich gute Qualitäten verhältnismässig feste Preise erzielt werden.

	<u>18. September</u>	<u>19. September</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	210 - 213	210 - 213
Roggen	182 - 185	183 - 186
Futter- und Industrieroggen	149 - 156	149 - 156
Hafer	132 - 140	132 - 140
Weizenmehl	26,25-32,25	26,25-32,25
Roggenmehl	25,25-28,00	25,25-28,00
Weizenkleie	11,00-11,25	10,75-11,00
Roggenkleie	9,25- 9,50	9,25- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 228 $\frac{1}{2}$ (Vortag 227 $\frac{1}{2}$), Oktober 225 $\frac{1}{2}$ -224 $\frac{1}{2}$ (225 $\frac{1}{2}$), Dezember 226 $\frac{1}{2}$ -226 $\frac{1}{2}$ (225 $\frac{1}{2}$). Roggen September 197 $\frac{1}{2}$ -197 Brief (196), Oktober 194-193 $\frac{1}{2}$ Brief (193 $\frac{1}{2}$), Dezember 193-192 $\frac{1}{2}$ (192 $\frac{1}{2}$), Hafer September - (143), Oktober 145 $\frac{1}{2}$ (145), Dezember 146 (145).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreis vom 19. September. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126, II. 113, abfallende Ware 99 RM.

SPD. Die nordamerikanischen Gewerkschaften haben dem staatlichen Wirtschaftsforschungsausschuss eine Denkschrift überreicht, in der die Einberufung eines nationalen Wirtschaftskongresses gefordert wird. An diesem Kongress sollen alle industriellen Organisationen des Landes teilnehmen. Man will alle Faktoren untersuchen, die die Entwicklung der Wirtschaft während der nächsten zehn Jahre beeinflussen könnten. So gedenkt man Mittel zu finden, das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen.

Lohntüten für diese Papierarbeiter erhielt aber der Direktor Kurt Opel; war er auf Reisen, so wurde ihm das Geld durch Postanweisung nachgeschickt. Kurt Opel, der bei der Firma Opel & Kühne ein Gehalt in Höhe von 24 000 Mark pro Jahr und eine Tantieme von 12 000 Mark bezog, bereicherte sich auf diese Weise allein um 81 000 Mark. Selbstverständlich wurden von diesen Nebeneinnahmen keine Steuern bezahlt. Bei diesem Geschäft war dem Herrn Direktor ein bekannter Nazimann behilflich. Wir sind neugierig, ob auch hier nicht ein Scherflein für Hitlers Drittes Reich abgefallen ist?

Selbstverständlich brauchte Kurt Opel eine Villa. Sie wurde gebaut, aber nicht mit eigenem Geld, sondern mit dem Geld der Firma. Aus diesem Posten sind bis jetzt allein Verluste in Höhe von 25 000 Mark nachgewiesen. Wenn man schon die Villa mit dem Geld der Firma baut, so ist es nur in der Ordnung, dass die Firma auch die Kosten des Privathaushaltes der Direktoren bezahlt. Private Gas- und Elektrizitätsrechnungen wurden einfach auf Geschäftskosten verbucht. Dabei dürften beide Direktoren im Laufe von zehn Jahren über 15000 erspart haben. Auf ähnliche Weise wurde mit den Kosten für Steuern, Versicherung und Unterhalt und Benzinverbrauch der 4 bis 5 Autos der beiden Direktoren verfahren. Auch die Autos bezahlte die Firma zum grössten Teil. So verdienten die Direktoren rund 40 bis 50 000 Mark.

Man fragt sich, welche Kontrolle in diesem Betrieb geherrscht haben muss? Und man hört, dass es zwei Kassierer in diesem Betrieb gab. Der eine Kassierer eben Generaldirektor Willi Opel, nahm das Geld ein. Dann gab es noch einen zweiten Kassierer, der eigentlich der richtige Kassierer sein sollte. Der hatte nur die Beträge zu verbuchen. Er verbuchte oft, ohne sich überzeugt zu haben, dass das verbuchte Geld auch einging.

Auf geradezu phantastische Weise wurde die Inventur vorgenommen. Direktor Opel bestimmte, wie hoch die Inventur sein musste. Danach hatte sich die Aufnahme einzurichten. Blieb sie hinter den Wünschen zurück, so wurde das Ergebnis einfach erhöht, wurde Inventur auf dem Papier gemacht, gleichgültig, ob entsprechende Bestände an Waren und Materialien überhaupt waren oder nicht. Die Beträge, um die die Inventur "ausgeglichen" wurde, schwankten zwischen 130 bis 150 000 Mark. Die Erhöhung der Inventur für das letzte Geschäftsjahr hat ein Angestellter vorgenommen, der als Nationalsozialist bekannt ist.

Die Inventurschwindeleien geschahen offensichtlich in der Absicht, die Banken zu grösseren Kredithergaben zu veranlassen. Die Banken wurden regelrecht hinters Licht geführt und betrogen. Der grösste Kreditgeber bei Opel & Kühne ist die Commerz- und Privatbank. Ihre Leute sitzen bei Opel & Kühne im Aufsichtsrat. Die Commerz- und Privatbank hat auch mehrere Revisionen vornehmen lassen - ohne etwas zu finden. Sollte man nicht selbst bei der Commerz- und Privatbank zu der Auffassung kommen, dass auch die jetzt durch Notverordnung verfügte Verschärfung der Kontrolle bei weitem nicht genügt, um derartigen Kapitalvergeudungen vorzubeugen?

Auch im Falle von Opel & Kühne hat man bis jetzt nichts davon gehört, dass der Staatsanwalt die Schuldigen hinter Schloss und Riegel gesetzt hat. Dagegen wurde am Sonnabend ein Angestellter zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einige tausend Mark unterschlagen hatte. Charakteristisch ist, dass der Verteidiger während der Verhandlung darauf hinwies, "dass der Angeklagte in einem Betrieb gearbeitet habe, in dem die Direktoren jahrelang in einer Weise mit Bilanzfälschungen, doppelter Kassenführung, Betrugereien der Kreditgeber usw. in die eigene Tasche arbeiteten, sodass dieser Fall nur einen kleinen Ausschnitt eines grossen Korruptionssumpfes sei. Wenn das Gericht schon den Angeklagten bestrafe, so solle es aber nicht das Sprichwort wahrmachen: Die kleinen Diebe hängt man und die grossen Diebe lässt man laufen". Vielleicht beherzigt der Staatsanwalt diesen Appell.

Geringe Umsatztätigkeit.

(Berliner Getreidebörse vom 19. September.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Sonnabend recht ruhiger Wochenendverkehr. Das Angebot an promptem Brotgetreide war zwar recht knapp, jedoch herrschte auf der anderen Seite auch nur geringe Nachfrage, da bei dem schleppenden Mehlabatz der Konsum nur gering ist. Bei den verhältnismässig wenigen Abschlüssen, die zustandekamen, wurden vielfach für Weizen und Roggen um 1.-- Mark höhere Preise erzielt. Auch der Markt der Zeitgeschäfte eröffnete etwas fester, allerdings gingen die Preisgewinne im Verlauf der Börse zum grossen Teil wieder verloren. Am Mehlmarkt wurde Weizenmehl nur in kleinsten Mengen zu unveränderten Preisen aufgenommen. Etwas stärker war die Nachfrage nach Roggenmehl, insbesondere in billigeren Qualitäten. Hafer hatte stetige Tendenz. Der Mangel an feiner Ware macht sich bemerkbar, sodass für wirklich gute Qualitäten verhältnismässig feste Preise erzielt werden.

	<u>18. September</u>	<u>19. September</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	210 - 213	210 - 213
Roggen	182 - 185	183 - 186
Futter- und Industrieroggen	149 - 156	149 - 156
Hafer	132 - 140	132 - 140
Weizenmehl	26,25-32,25	26,25-32,25
Roggenmehl	25,25-28,00	25,25-28,00
Weizenkleie	11,00-11,25	10,75-11,00
Roggenkleie	9,25- 9,50	9,25- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 228 $\frac{1}{2}$ (Vortag 227 $\frac{1}{2}$), Oktober 225 $\frac{1}{2}$ -224 $\frac{1}{2}$ (225 $\frac{1}{2}$), Dezember 226 $\frac{1}{2}$ -226 $\frac{1}{2}$ (225 $\frac{1}{2}$). Roggen September 197 $\frac{1}{2}$ -197 Brief (196), Oktober 194-193 $\frac{1}{2}$ Brief (193 $\frac{1}{2}$), Dezember 193-192 $\frac{1}{2}$ (192 $\frac{1}{2}$), Hafer September - (143), Oktober 145 $\frac{1}{2}$ (145), Dezember 146 (145).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreis vom 19. September. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126, II. 113, abfallende Ware 99 RM.

SPD. Die nordamerikanischen Gewerkschaften haben dem staatlichen Wirtschaftsforschungsausschuss eine Denkschrift überreicht, in der die Einberufung eines nationalen Wirtschaftskongresses gefordert wird. An diesem Kongress sollen alle industriellen Organisationen des Landes teilnehmen. Man will alle Faktoren untersuchen, die die Entwicklung der Wirtschaft während der nächsten zehn Jahre beeinflussen könnten. So gedenkt man Mittel zu finden, das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen.
